

Inhalt

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2021 in der Rückblende	4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	4
Aus der Grossratsfraktion	7
Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten	11
Die SVP im Netz	14
III. Tätigkeitsberichte	15
Parteiorgane	15
Geschäftsleitung	15
Parteivorstand	15
Delegiertenversammlungen	15
Fachkommissionen	16
Finanzkommission (FiKo)	16
Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)	17
Bildungskommission (BiK)	18
Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)	19
Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)	21
Sicherheitskommission (SiK)	22
SVP Frauen Kanton Bern	23
JSVP Kanton Bern	24
SVP Senioren Kanton Bern	26
Landesteile	27
Jura bernois	27
Biel-Seeland	28
Emmental	29
Oberraargau	30
Bern-Mittelland	31
Thun	32
Oberland	33
Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft	35
Obergericht	35
Verwaltungsgericht	36
Generalstaatsanwaltschaft	37
IV. Organisation / Personelles	40

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane	40
Geschäftsleitung (GL)	40
Parteivorstand (PV)	40
Grossratsfraktion	41
Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2021)	42
Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch)	42
Mitglieder der Parteileitung	42
Regierungsmitglieder	42
Parteisekretariat	42
Stiftungsrat «Hilfsfonds SVP Kanton Bern»	42
Vorstand des «Bären-Club» der SVP Kanton Bern	42
Unsere Verstorbenen	44
V. Schlusswort der Geschäftsführerin	45
VI. Die Partei in Zahlen	46

I. Vorwort des Präsidenten



Am 6. Juli 2021 wurde ich in Belp von den Delegierten zum neuen Präsidenten gewählt und schon wenige Tage später erfolgte die Stabsübergabe. Ich bin für dieses grosse Vertrauen sehr dankbar und werde mich voll für den Erfolg unserer Partei einsetzen! Auch danke ich den Grossräten Thomas Knutti und Samuel Krähenbühl für die faire Ausmarchung.

Ich will es nicht unterlassen, an dieser Stelle die grosse und langjährige Arbeit meines Vorgängers, Ständerat Werner Salzmann, zu würdigen. Er hat nicht nur die Partei organisatorisch auf neue Grundlagen gestellt und die Finanzlage stabilisiert, sondern es auch geschafft, die bürgerliche Mehrheit in der Regierung wieder herzustellen und den Ständeratssitz wieder in die Hände der SVP zu bringen. Ich habe eine starke Berner SVP mit einer motivierten Geschäftsleitung übernehmen dürfen. Für seine grossen Verdienste für unsere SVP möchte ich ihm an dieser Stelle herzlich danken. Auch die Delegierten haben sein Wirken geschätzt und es ihm mit dem inbrünstigen Mitsingen unserer Berner Hymne Bärnbüel herzlich gedankt.

Dass dieser Gesang ein kleines juristisches Nachspiel hatte, ist dabei nebensächlich. Die Berner SVP hat ihren Präsidenten und Ständerat würdig gefeiert und das war gut so.



Die Pandemie hat uns aber nicht nur an der Delegiertenversammlung herausgefordert. Es war keine leichte Zeit für die Sektionen der SVP, so wie für die meisten Vereine. Ich habe es mir deshalb zum Ziel gesetzt, überall im Kanton die Sektionen zu besuchen und zu ermuntern, wieder mutig ans Werk und zu den Leuten zu gehen. Es braucht mehr SVP, das sehen wir jeden Tag, wenn wir Zeitung lesen. Man hat sich daran gewöhnt, mit dem Steuergeld locker umzugehen und den Alltag immer mehr zu steuern. Die Forderungen der Linken werden immer extremer. Da braucht es ein besonnenes, aber energisches Entgegentreten. Ich bin entschlossen, das zu tun, und zähle dabei auf Sie! Herzlichen Dank!

Manfred Bühler, Parteipräsident, Cortébert

II. Das Jahr 2021 in der Rückblende

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

7. März 2021

Eidgenössisch

Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'427'344	1'360'750	51.2	48.8
Kanton Bern	180'071	183'090	49.6	50.4
Stimmbeteiligung: 51.42% (CH), 49.5% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: JA	

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (E-ID-Gesetz)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	984'574	1'778'196	35.6	64.4
Kanton Bern	120'105	241'218	33.2	66.8
Stimmbeteiligung: 51.42% (CH), 49.5% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: NEIN	

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'408'462	1'318'688	51.6	48.4
Kanton Bern	184'727	172'300	51.7	48.3
Stimmbeteiligung: 51.10% (CH), 49.5% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: JA	

Kantonal

Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Vorlage des Grossen Rates	148'498	173'359	46.1	53.9
Eventualantrag	230'331	85'548	72.9	27.1
Stichfrage				
Vorlage des Grossen Rates: 137'029 / 44.2%				
Eventualantrag: 173'243 / 55.8%				
Ohne Antwort: 18'724				
Stimmbeteiligung: 45.4%				
Parole SVP Kanton Bern:			Volksentscheid:	
Vorlage GR: JA			Vorlage GR: NEIN	
Eventualantrag: JA			Eventualantrag: JA	
Stichfrage: Vorlage GR			Stichfrage: Eventualantrag	

13. Juni 2021

Eidgenössisch

Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'276'117	1'970'332	39.3	60.7
Kanton Bern	185'479	273'507	40.4	59.6
Stimmbeteiligung: 59.78% (CH), 62.3 (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkentscheid: NEIN	

Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'280'026	1'965'161	39.4	60.6
Kanton Bern	185'102	273'491	40.4	59.6
Stimmbeteiligung: 59.76% (CH), 60.3% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkentscheid: NEIN	

Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'936'344	1'280'128	60.2	39.8
Kanton Bern	273'079	181'033	60.1	39.9
Stimmbeteiligung: 59.66% (CH), 62.3% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volkentscheid: JA	

Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasen (CO₂-Gesetz)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'568'032	1'671'210	48.4	51.6
Kanton Bern	221'959	235'816	48.5	51.5
Stimmbeteiligung: 59.70% (CH), 60.3% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkentscheid: NEIN	

26. September 2021

Eidgenössisch

Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» («99%-Initiative»)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	987'045	1'823'262	35.1	64.9
Kanton Bern	152'515	222'520	40.7	59.3
Stimmbeteiligung: 52.23% (CH), 51.6% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkentscheid: NEIN	

Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Ehe für alle)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'828'642	1'024'307	64.1	35.9
Kanton Bern	246'981	132'095	65.2	34.8
Stimmbeteiligung: 46.9% (CH), 51.6% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkseentscheid: JA	

Kantonal

Änderung der Kantonsverfassung (Klimaschutz-Artikel)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	233'186	132'060	63.8	36.2
Stimmbeteiligung: 49.8%				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkseentscheid: JA	

28. November 2021

Eidgenössisch

Volkinitiative «Für eine starke Pflege» (Pflegeinitiative)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	2'161'080	1'328'977	60.98	39.02
Kanton Bern	312'817	176'503	63.9	36.1
Stimmbeteiligung: 65.30% (CH), 66.7% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkseentscheid: JA	

Volkinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren» (Justizinitiative)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'095'174	2'334'980	31.93	68.07
Kanton Bern	150'767	324'150	31.7	68.3
Stimmbeteiligung: 64.67% (CH), 66.7% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkseentscheid: NEIN	

Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	2'222'373	1'361'284	62.01	37.99
Kanton Bern	307'115	184'133	62.5	37.5
Stimmbeteiligung: 65.72% (CH), 66.7% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volkseentscheid: JA	

Aus der Grossratsfraktion



Die Grossratsfraktion wird neu von Fraktionspräsidentin Barbara Josi, Wimmis, und den beiden Fraktionsvizepräsidenten Patrick Freudiger, Langenthal, und Mathias Müller, Orvin, geleitet. Der Wechsel wurde genutzt, um einige Optimierungen der Fraktionsarbeit zu implementieren. So trifft sich die Fraktionsspitze neu jeweils vor den Fraktionsvorstandssitzungen zu Vorbesprechungen. Weiter wurde die Effizienz der Fraktionssitzungen erhöht, um mehr Raum für strategische Arbeiten zu haben. Die Optimierungen sind erfreulicherweise bereits spürbar und haben dazu geführt, dass die Fraktion im Grossen Rat mehr Erfolge verzeichnen konnte als in früheren Jahren.

Wie bereits im Vorjahr war auch im Jahr 2021 Corona die unrühmliche Begleiterin des Fraktions- und Grossratsbetriebs. Die Sitzungen im März fanden erneut in der Festhalle BERNEXPO statt, im Juni musste dann sogar in die Halle 2.2 BERNEXPO ausgewichen werden, da die Festhalle für das Impfzentrum verwendet wurde. Gross war deshalb die Erleichterung, als die Herbstsession wieder im Berner Rathaus stattfand, zeigte sich doch dadurch auch, dass sich die Pandemiesituation verbesserte. Auch die Novembersession fand im Rathaus statt, wobei erreicht werden konnte, dass die Schutzkonzepte ein vernünftiges Mass nicht überschritten.

Weiter warfen mindestens ab der Sommersession die bevorstehenden Gesamterneuerungswahlen bereits ihre Schatten, da sich die Fraktionsmitglieder bis dann entscheiden mussten, ob sie wieder antreten oder nicht.

Frühlingssession

Personelles

Beat Schori, Bern, trat die Nachfolge von Stefan Hofer an. Aufgrund des Rücktritts von Stefan Hofer war ein Sitz in der GSOK neu zu besetzen, gewählt wurde Kurt Wenger.

Zum neuen Oberrichter gewählt wurde Roger Zuber, zur neuen Regionalrichterin Stefanie Blum.

Sachgeschäfte

Aufgrund der vielen Geschäfte musste die Session verlängert werden. Die SVP konnte bei vielen wichtigen Anliegen Erfolge verzeichnen. So wurde beispielsweise eine Motion abgelehnt, welche die angenommene Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern» teilweise rückgängig gemacht hätte, indem die Kriterien betreffend Sozialhilfebezug wieder aufgeweicht worden wären. Im Bereich der Bauvorschriften wurden Vorstösse angenommen, die Erleichterungen versprechen, einerseits betreffend Wahl des Dachmaterials und andererseits betreffend Nutzungseinschränkungen bei Gebäuden. Ebenfalls konnten im Bereich der Festsetzung der amtlichen Werte bzw. der Einspracheverfahren gewisse Verbesserungen erreicht werden. Allerdings mussten auch Niederlagen verzeichnet werden: Der Klimaartikel konnte nicht verhindert werden und wurde schliesslich auch vom Volk angenommen.

Ebenfalls gelang es nicht, die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer in erster Lesung abzuwehren. Bestenfalls durchzogen ist die Bilanz zum Bericht betreffend Umsetzung der Energiestrategie 2006. Weiter beschäftigte der Transitplatz Wileroltigen den Grossen Rat erneut. Leider abgelehnt bzw. abgeschrieben wurde eine SVP-Motion, die verlangte, diesen nochmals zu hinterfragen. Ebenfalls abgelehnt wurde die Forderung, angesichts der Aufhebung des wichtigen Wegweisungsartikels die Planung und Realisierung des Transitplatzes zu stoppen.

Sommersession

Personelles

Martin Schlup wurde zum ersten Vizepräsidenten des Grossen Rates gewählt. Bevorstehende Rücktritte führten zu Rochaden in grossrätlichen Kommissionen: Ueli Augstburger wurde als Ersatzmitglied der BiK gewählt, Alexander Feuz als Mitglied der GSoK.

Roland Sarbach und Eveline Salzmann wurden als Ersatzmitglieder des Obergerichts gewählt.

Sachgeschäfte

Viel zu reden gab die zweite Lesung des Gesetzes über die Besteuerung der Strassenfahrzeuge. Da die Beschlüsse nicht dem Willen der SVP entsprachen, wurde beschlossen, dagegen das Referendum zu ergreifen – ein willkommenes Mittel, um vor den kantonalen Wahlen auf sich aufmerksam zu machen! Leider wurde auch in dieser Session das Asylrecht ausgehöhlt: In einem Bericht muss der Regierungsrat darlegen, inwiefern die Situation in kantonalen Rückkehrzentren für abgewiesene Asylsuchende menschenrechtskonform und kindgerecht ausgestaltet ist. Weiter muss der Regierungsrat bei Asylsuchenden mit negativem Asylentscheid seine Möglichkeiten ausschöpfen, um Lehrabbrüche zu vermeiden. Immerhin konnte die Forderung abgelehnt werden, dass der Regierungsrat für Personen, die sich bei der Eröffnung des negativen «altrechtlichen» (d.h. vor der Revision des Asylgesetzes 2016) Asylentscheids bereits schon in einem Lehr- oder Ausbildungsverhältnis befinden, konsequent Härtefallgesuche stellen muss. Ebenfalls abgelehnt werden konnte eine Motion, die bei «neurechtlich» abgewiesenen Asylbewerbern eine Ausreisefristverlängerung verlangte zur Ermöglichung eines Ausbildungsabschlusses. Das Volksschulgesetz beschäftigte auch in der zweiten Lesung, wobei die Bilanz für die SVP durchzogen war. Leider abgelehnt wurde die Motion aus den Reihen der SVP, welche die Aufhebung der Amtszeitbeschränkung in grossrätlichen Kommissionen verlangte. Die Aufhebung hätte geholfen, das Ungleichgewicht zwischen Parlament und Verwaltung zu mindern. Trotz der Trockenheit der Materie ein wichtiges Geschäft war schliesslich die Revision des Gemeindegesetzes. Mit der Änderung erhalten die Gemeinden neu die Möglichkeit, ihre Bekanntmachungen nicht nur in gedruckter Form, sondern auch elektronisch im sogenannten «e-Anzeiger» zu publizieren. Die Entscheide fielen im Sinne der SVP aus.

Herbstsession

Nachdem der Fraktionsausflug letztes Jahr pandemiebedingt ausgefallen war, konnte er 2021 endlich wieder stattfinden. Er führte ins schöne Diemtigtal, konkret in die Naturparkkäserei der Simmental Switzerland AG und auf den Rossberg, und war ein grosser Erfolg.

Personelles

Die SVP-Fraktion konnte vier neue Mitglieder begrüßen: Franziska Fuss-Oehrl, Teuffenthal, (Nachfolgerin von Jürg Marti), Roman Gimmel, Thun, (Nachfolger von Carlo Schlatter), Aliko Panayides, Ostermundigen, (Nachfolgerin von Sabina Geissbühler) und Katja Riem, Kiesen, (Nachfolgerin von Moritz Müller) wurden zu Beginn der Session vereidigt. Die Rochaden hatten Wahlen in grossrätlichen Kommissionen zur Folge: Roman Gimmel ist neues SAK-Mitglied, Katja Riem ist SAK-Ersatzmitglied, Franziska Fuss-Oehrl ist neues BiK-Mitglied und Aliko Panayides ist neues GSoK-Mitglied.

Zum neuen Verwaltungsrichter gewählt wurde Marc Häusler.

Sachgeschäfte

Ein Geschäft mit grosser politischer Tragweite war die Beratung der kantonalen Verfassung. Einerseits galt es, die parlamentarische Initiative «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen» umzusetzen, wobei die Entscheide im Sinne der SVP ausfielen. Leider gilt dies nicht für den zweiten Teil, die Einführung von Stimmrechtsalter 16: Nur gerade die EDU half mit beim Nichteintretensantrag der SVP, und auch in der eigentlichen Beratung wurde die SVP nur von der EDU und Teilen der FDP unterstützt. Im dritten Teil galt es, Massnahmen aus der Evaluation der Justizreform in der Verfassung und im Gesetz über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft abzubilden. Die meisten Beschlüsse fielen dabei im Sinne der SVP aus. Ebenfalls erfolgreich war die SVP beim Investitionsrahmenkredit Strasse, ein Kürzungsantrag von linker Seite konnte abgewehrt werden. Auch die Entscheide zum Strassennetzplan entsprachen dem Willen der SVP. Weiter gelang es, das kantonale Energiegesetz in den Winter zu verschieben, was angesichts der bevorstehenden Abstimmung über den Klimaartikel auch sinnvoll war. Im Sinne der SVP fielen zudem die Entscheide zu einem weiteren Vorstoss betreffend Campingplatz Gampelen aus. Im Vorfeld führte der GPK-Bericht zur BLS AG zu grossen Diskussionen, weil der GPK-Präsident diesen zum Anlass nahm für eine persönliche Abrechnung mit dem Baudirektor. Im Rat selbst verlief die Beratung glücklicherweise in geordneten Bahnen.

Wintersession

Personelles

Glanzvoll als Präsidentin des Obergerichts wiedergewählt und später zur Vorsteherin der Justizleitung wurde Annemarie Hubschmied.

Sachgeschäfte

Wie üblich galt es in der Wintersession, eine Finanzdebatte zu führen. Die Entscheide fielen mit ein paar wenigen Ausnahmen im Sinne der SVP aus. Die Be-

ratung der Kantonsverfassung im Rahmen der parlamentarischen Initiative «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen», zweite Lesung, entsprach ebenfalls dem Willen der SVP. Dasselbe gilt für die Entscheide zum Gesetz über den Grossen Rat und die Geschäftsordnung des Grossen Rates betreffend Abstimmen von extern und Zirkulationsverfahren. Leider erneut chancenlos war die SVP bei der Beratung der Kantonsverfassung zu Stimmrechtsalter 16 in zweiter Lesung, es gilt nun, das Verdikt der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger abzuwarten. Ebenfalls nicht erfolgreich war die SVP betreffend Transparenz bei der Politikfinanzierung, dies weil die «Mitte» den entsprechenden Vorstoss zusammen mit den linken Parteien befürwortete. Im Sinne der SVP fielen die Entscheide bei Gesetz über die Finanzkontrolle und beim Gesetz über die digitale Verwaltung aus. Grösstenteils ebenfalls erfolgreich war die SVP bei den Gesetzen über die Universität, die Berner Fachhochschule und die deutschsprachige Pädagogische Hochschule. Auch insgesamt positiv ist die Bilanz beim Energiegesetz, das so weit entschärft werden konnte, dass kein Referendum notwendig ist. Zu diskutieren gab der GPK-Bericht zur Liegenschaftstransaktion «Vierfeld», die Entscheide entsprachen dem Willen der SVP. Wichtige Erfolge konnte die SVP bei der Beratung eines Vorstosses aus den eigenen Reihen verzeichnen, bei der es um die Abschaffung der doppelten Kompensationspflicht bei Einzonungen ging. Dasselbe gilt für einen weiteren SVP-Vorstoss, der den Einfluss der OLK auf ein vernünftiges Mass reduzieren will. Schliesslich konnte mit einem erneuten Vorstoss der Druck betreffend Campingplatz Gampelen erhöht werden. Leider musste dann aber bei der Beratung des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz ein Misserfolg verzeichnet werden. Es wurde die rechtliche Möglichkeit geschaffen, dass auch privat untergebrachten, abgewiesenen Asylsuchenden eine finanzielle Nothilfe auszurichten ist. Die SVP hatte dies abgelehnt, da dadurch die Asylpolitik und rechtsstaatlich gefällte Wegweisungsentscheide unterlaufen werden.

Barbara Josi, Fraktionspräsidentin, Grossrätin, Wimmis

Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten

Auf den folgenden Seiten finden Sie kurze Zusammenfassungen der Vernehmlassungsantworten der SVP Kanton Bern von 2021. Die ausführlichen Stellungnahmen im Wortlaut finden Sie online unter www.svp-bern.ch.

Änderung des Gesetzes betreffend die Handänderungssteuer (HG) (15.01.2021; DIJ)

Die SVP unterstützt bei schlüsselfertigen Bauten eine Rückkehr zur früheren, bewährten Veranlagungspraxis und stimmt der Vorlage deshalb zu.

Parlamentarische Initiative: «In dubio pro populo: Volksvorschläge vor grossrätlichen Eventualanträgen» (03.03.2021; SAK)

Die SVP begrüsst, dass künftig der Grosse Rat nicht mehr mit einem Eventualantrag einen Volksvorschlag verhindern kann. Von den vorgeschlagenen Änderungen wird Variante a favorisiert, die der parlamentarischen Initiative entspricht. Angeregt wird, mit der Volksabstimmung zuzuwarten, bis weitere Verfassungsänderungen bzw. kantonale Abstimmungen anstehen.

Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes (Keng) (31.03.2021; WEU)

Die SVP stellt fest, dass sich die vorgeschlagene Revision in wesentlichen Teilen nicht von der Vorlage unterscheidet, die von der Berner Stimmbevölkerung 2019 abgelehnt wurde. Die SVP hatte bereits die damalige Vorlage dezidiert abgelehnt und weist folglich auch den jetzigen Vorschlag zurück. Sie stellt ein Referendum in Aussicht, sollten wesentliche Korrekturen ausbleiben. Abgelehnt werden unter anderem namentlich die Solaranlagenpflicht, das Verbot von Elektroboilern resp. die Ersatzpflicht für bestehende Elektroboiler und die neue Vorschrift, einen angemessenen Teil der Parkplätze für die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge vorzubereiten oder auszurüsten.

Einführungsverordnung zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (EV IVöB) (13.04.2021; FIN)

Die SVP erinnert daran, dass sie bereits bei der Beratung des entsprechenden Gesetzes unter anderem betont hatte, dass die Chancen von bernischen Unternehmen zum Erhalt von Aufträgen erhöht werden sollten und dass bei der praktischen Umsetzung möglichst schlanke Regelungen zu etablieren seien. Konkrete Anpassungen der EV IVöB werden nicht gefordert.

Änderung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG) (19.04.2021; DIJ)

Die SVP empfiehlt unter anderem, auf die Einführung eines Fristenstillstands zu verzichten, da dies die Verfahren verlängern würde und auch aus Gründen der Rechtsharmonisierung kein zwingender Grund dafür besteht.

Verordnung über die Aufsicht von stationären und ambulanten Leistungen für Kinder (AKLV) (29.04.2021; DIJ)

Die SVP fordert unter anderem, dass im Falle einer Aufnahme eines ausländischen Kindes als Pflegekind, das bisher im Ausland gelebt hat, in jedem Fall

und nicht nur in der Regel eine Abklärung im Herkunftsland des Kindes durchzuführen ist.

Verordnung über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSV) (29.04.2021; DIJ)

Die SVP schlägt einige kleine Änderungen vor, ist aber mit der Verordnung grundsätzlich einverstanden.

Änderung des Einführungsgesetzes zum Ausländer- und Integrationsgesetz sowie zum Asylgesetz (EG AIG und AsylIG) (30.04.2021; SID)

Die SVP betont, dass sie dezidiert dagegen ist, abgewiesene und folglich ausreisepflichtige Asylbewerber in privaten Unterkünften unterzubringen und ihnen eine Nothilfe auszuzahlen. Sie sieht keinen Anlass für eine Praxisänderung und lehnt deshalb die neuen Artikel ab.

Finanzhaushaltsgesetz (FHG) (04.06.2021; FIN)

Die SVP begrüsst die Abkehr von der Fokussierung auf NEF (Neue Verwaltungsführung) und dass nicht mehr eine Anlehnung an IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) angestrebt wird. Wichtig ist, dass das FHG den politischen Behörden möglichst einfache Steuerungsmöglichkeiten eröffnet. Diesbezüglich wird Verbesserungspotenzial geortet.

Verordnung über die sozialen Leistungsangebote (SLV) und Verordnung über die Leistungsangebote der Familien-, Kinder- und Jugendförderung (FKJV) (30.06.2021; GSI)

Die SVP begrüsst das in der SLV neu vorgesehene System betreffend Aus- und Weiterbildung der nichtuniversitärer Gesundheitsberufe. Wichtig ist weiter, dass die Versorgung auch in der Peripherie gewährleistet ist, weshalb eine Überprüfung des Überangebots in Stadt und Agglomeration anzustreben ist.

Auch die FKJV wird grundsätzlich begrüsst, in einem Artikel wird eine Änderung gefordert, um unnötige administrative Aufwände zu verhindern.

Teilrevision Spitalversorgungsverordnung (SpVV) (06.07.2020; BKD)

Die SVP schlägt bei einigen Artikeln Ergänzungen vor, ist insgesamt aber einverstanden mit der Teilrevision.

Änderung des Gesetzes über die Information der Bevölkerung (Informationsgesetz, IG) (09.07.2021; STA)

Die SVP äussert ihre Zweifel, ob es sinnvoll ist, mittels Steuergelder den Medienhäusern unter die Arme zu greifen. Auch stellt sich die Frage, ob es die Aufgabe des Informationsgesetzes ist, die Medienkompetenz und die politische Bildung von jungen Menschen zu stärken. Das Informationsgesetz sollte auf die Informationspolitik der öffentlichen Hand fokussieren. Die SVP schlägt deshalb in einigen Artikeln entsprechende Änderungen vor.

Gesetz über die Auflösung des SNB-Gewinnausschüttungsfonds und des Fonds für Spitalinvestitionen (26.08.2021; FIN)

Die SVP stimmt der Auflösung der beiden Fonds und dem vorgeschlagenen Verwendungszweck zu. Eine Verpflichtung der freiwerdenden Mittel für spezifi-

sche Investitionen würde sie ablehnen, wichtig ist aber eine sinnvolle Priorisierung der geplanten Investitionen.

Änderung des Strassengesetzes (SG) (31.08.2021; BVD)

Die SVP kann die Anpassung an das Bundesrecht grundsätzlich nachvollziehen. Zu beachten sind aber das Mitspracherecht bzw. die Einwilligung der Grundeigentümer, das Konfliktpotenzial aufgrund zusätzlicher Velowege insb. für Mountainbiker und die teilweise immensen Kostenfolgen, die durch den Ausbau der Velorouten auf die Gemeinden zukommen. Der Kanton als Besteller sollte die Hälfte der Kosten mittragen müssen, die SVP fordert deshalb entsprechende Anpassungen der entsprechenden Artikel. Auch bei weiteren Artikeln werden Änderungen verlangt.

Grosser Rat: Abstimmen von extern und Zirkularverfahren (Teilrevision Grossratsgesetzgebung) (10.09.2021; Büro GR)

Die SVP stimmt der vorgeschlagenen Teilrevision nur im Sinne einer Ausnahme zu, um den Parlamentsbetrieb in Notlagen zu gewährleisten. Einer Ausdehnung über den absoluten Notfall hinaus würde sie hingegen nie zustimmen.

Kantonales Gesetz über die Massnahmen im Kulturbereich im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (KMKG Covid-19) (19.11.2021; BKD)

Die Konsultation fand im Rahmen einer Anhörung statt. Der SVP-Vertreter kritisierte dabei insbesondere die fehlende Beitragslimite und die fehlende zeitliche Befristung der Finanzhilfen.

Änderung Baugesetz (BauG) und Baubewilligungsdekret (BewD) (BauG-Revision 2021) (20.11.2021; DIJ)

Die SVP erachtet die Umsetzung der Motion «Rechtssicherheit nach qualitätssichernden Verfahren» als sinnvoll, hält aber auch fest, dass die Raumplanung einen übermässigen Komplexitätsgrad erreicht hat. Die Änderungen sind deshalb noch nicht ausreichend. Betreffend Beizug der OLK im Rechtsmittelverfahren werden Anpassungen verlangt, weiter werden unter anderem Änderungen gefordert, sodass die problematische Vormachtstellung des AGR nicht noch zementiert wird. Beispielsweise sollen künftig behördenverbindliche Wegleitungen und Richtlinien des AGR zum Bauen ausserhalb der Bauzone vom Grossen Rat genehmigt werden müssen.

Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (EG ZGB) (02.12.2021; DIJ)

Die SVP beantragt, auf die vorgeschlagene Aufnahme sämtlicher herrenloser Grundstücke im Grundbuch zu verzichten, da dies von Bundesrechts wegen nicht zwingend ist und eine Überregulierung darstellen würde. Ebenfalls fordert sie, auf die vorgesehene Anpassung sämtlicher Artikel auf die weibliche Form zu verzichten, da dies die Lesbarkeit erschwert.

Die SVP im Netz

Corona brachte 2021 ein Novum: Die SVP Kanton Bern hielt zwei Delegiertenversammlungen online ab, da die Restriktionen eine physische DV verunmöglichten. Die Durchführung verlief reibungslos, aber dennoch wurde deutlich, dass eine online-DV eine Versammlung vor Ort nicht 1:1 ersetzen kann, da das Zwischenmenschliche und das Wir-Gefühl, das die SVP ausmacht, digital nicht gleichermassen spürbar sind.

Die Homepage der SVP Kanton Bern und die sozialen Medien waren auch im zweiten Pandemie-Jahr wichtige Plattformen, die intensiv und mit Erfolg genutzt wurden. Die Homepage läuft nach wie vor mit der wordpress-basierten Online-Lösung der SVP Schweiz, wodurch Plakatsujets, Unterschriftensammlungen und Medienmitteilungen der SVP Schweiz ohne Umwege direkt auf der Homepage der Kantonalpartei aufgeschaltet werden können. Den Ortssektionen steht ebenfalls eine solche Lösung zur Verfügung. Sie werden bei der Umstellung und bei technischen Fragen durch unseren Praktikanten Angelo Andres unterstützt. Die SVP Schweiz hat verlauten lassen, dass sie im kommenden Jahr auf ein neues System wechseln will. Die SVP Kanton Bern wird sich frühzeitig einbringen, damit den Sektionen auch nach diesem Wechsel eine adäquate Lösung zur Verfügung steht, die benutzerfreundlich ist und eine Vernetzung mit der Homepage der Kantonalpartei und der SVP Schweiz ermöglicht.

Die direkte, zeitnahe Kommunikation von Aktualitäten geschah auch 2021 schwerpunktmässig in den sozialen Medien Facebook, Twitter und Instagram. Aus den Delegiertenversammlungen werden Videos direkt auf Facebook und den youtube-Kanal der SVP Kanton Bern gestreamt. Die Videos der Grossratsfraktionsmitglieder zu zentralen Themen der Sessionen werden ebenfalls auf Facebook publiziert. Die Anzahl Follower der Facebook-Seite der Berner SVP www.facebook.com/-SVPUDCKantonBern/ stieg auf bereits hohem Niveau noch einmal und steht neu bei 3787 (+300). Dazu kommt die ebenfalls hohe Anzahl Likes der Jungen SVP Kanton Bern (2171). Die SP folgt mit deutlichem Abstand auf Rang zwei mit 2367 Likes (+73), an dritter Stelle stehen die Grünen (1477, +84), gefolgt von der FDP (1171, +101), der glp (748, +75) und der Mitte (654 Follower; die BDP hatte 2020, vor der Fusion mit der CVP, 538 Follower).

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Zuständiger Web

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 5, Art. 29. Die Geschäftsleitung tagte 2021 sieben Mal ordentlich, die Sitzungen fanden physisch oder online statt. Neben den ordentlichen Aufgaben seien insbesondere folgende Themen genannt, mit denen sich die Geschäftsleitung beschäftigte: Jahresziele 2021; Vorbereitung kantonale Wahlen; Referendum und Abstimmungskampf Motorfahrzeugsteuer; Nachfolge Parteipräsidium; Ergebnisse der Mitglieder-Umfrage und weiteres Vorgehen; Konzept Schuloffensive; Einsetzen Arbeitsgruppe Statutenrevision; wilde Kandidatur Madeleine Amstutz für den Grossen Rat.

Aufgrund der umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für die kantonalen Wahlen, den Abstimmungskampf Motorfahrzeugsteuer und die Präsidiumswahl wurden zudem zwei ausserordentliche Geschäftsleitungssitzungen durchgeführt.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 4, Art. 27, zu. 2021 tagte der Parteivorstand an einer ausserordentlichen und vier ordentlichen Sitzungen. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden insb. folgende Geschäfte behandelt: Referendum Motorfahrzeugsteuer; Vorbereitung Abstimmungskämpfe (Motorfahrzeugsteuer, Agrarinitiativen); Vorbereitung und Nomination kantonale Wahlen; Nachfolge Parteipräsidium; Ergebnisse Mitglieder-Umfrage.

Delegiertenversammlungen

20. Januar 2021 – Delegiertenversammlung (online)

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»
- Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (EID-Gesetz, BGEID)
- Bundesbeschluss über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

Kant. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:

- Änderung des Gesetzes über Handel und Gewerbe (Hauptvorlage und Eventualantrag)

13. April 2021 – Delegiertenversammlung (online)

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Volksinitiativen «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotikaeinsatz» und «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»

- Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)
- Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO2-Gesetz)
- Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)

Jahresbericht

Finanzen

- Jahresrechnung 2020
- Budget 2021

6. Juli 2021 – a.o. Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Dorfstrasse 30, 3123 Belp

Wahl des neuen Parteipräsidenten

Stabsübergabe

17. August 2021 – Delegiertenversammlung Hotel Weisses Kreuz, Marktplatz 15, 3250 Lyss

Kantonale Themen

- Parolenfassung: Änderung der Kantonsverfassung (Klimaschutz-Artikel)
- Regierungsratswahlen: Zielsetzung und Nomination der beiden Bisherigen: RR Christoph Neuhaus und RR Pierre Alain Schnegg

Eidg. Themen – Parolenfassung:

- Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» («99%-Initiative»)
- Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches («Ehe für alle»)

Wahl Revisor

20. Oktober 2021 – Delegiertenversammlung Messe-Gelände Thun-Expo, Thun

Nomination Grossratskandidierende

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung

- Volksinitiative «Für eine starke Pflege» (Pflege-Initiative)
- Volksinitiative «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren» (Justiz-Initiative)
- Änderung des Bundesgesetzes über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz)

Fachkommissionen

Finanzkommission (FiKo)



Im Jahr 2021 tagte die Kommission wiederum an vier ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session. Dabei wurden jeweils insbesondere die finanziell relevanten Sessionsgeschäfte vorbesprochen.

Die finanzpolitischen Fragestellungen waren dabei auch im Jahr

2021 massgeblich von den Auswirkungen der Corona-Krise beeinflusst. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Planzahlen markant verbessert. Zurückzuführen ist dies auf höhere Ausschüttungen durch die Schweizerische Nationalbank, auf erwartete höhere Ausgleichszahlungen aus dem Nationalen Finanzausgleich, auf vorgesehene Fondsauslösungen sowie darauf, dass der wirtschaftliche Einbruch weniger stark ausfiel als befürchtet.

Die FiKo-Mitglieder der SVP setzten sich in den Beratungen zum Voranschlag 2022 für ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhungen ein. Aufgrund von notwendigen Nachkrediten konnte an diesem Ziel jedoch nicht mehr festgehalten werden. Die SVP setzte sich deshalb gegen Steuererhöhungen und für einen rechtsgültigen Voranschlag 2022 ein. Dessen Verabschiedung erforderte aufgrund der Verletzung der verfassungsmässigen Schuldenbremse ein qualifiziertes Mehr. Da die SVP keinen budgetlosen Zustand riskieren wollte, stimmte sie dem Voranschlag zu und ermöglichte dem Kanton somit ein gültiges Budget.

Die SVP wird sich weiterhin für einen gesunden Finanzhaushalt bei tragbarer Steuerbelastung einsetzen.

Raphael Lanz, Grossrat, Thun

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)



Die SAK hat sich während 10 ordentlichen Sitzungen verschiedenen Themen im Bereich Aussenbeziehungen und Staatspolitik gewidmet und diese verabschiedet. Hinzu kamen vier Sessionsitzungen zur Beratung der jeweils anstehenden Anträge der Geschäfte im Grossen Rat. Aufgrund der Covid-Pandemie wurde eine Sitzung online durchgeführt, an welcher uns Regierungsrat

Christoph Ammann über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern in Kenntnis setzte.

Eine grosse Rolle spielte im vergangenen Jahr die Umsetzung der Parlamentarischen Initiative «In dubio pro populo». Diese wurde in einem Ausschuss von Kommissionsmitgliedern vorbereitet und durch die Kommission für die Abstimmungsvorlage verabschiedet. Die komplexe Vorlage sieht vor, dass künftig Volksvorschläge den Vorrang gegenüber grossrätlichen Eventualanträgen erhalten, und kommt im Mai 2022 zur Abstimmung.

An mehreren Sitzungen wurde das Gemeindegesetz mit der Umsetzung des eAnzeigers behandelt. Durch die gute bürgerliche Zusammenarbeit konnte erreicht werden, dass es zu einer Umsetzungsfrist bis 2025 kommt. Demnach soll das geänderte Gemeindegesetz auf Anfang 2023 in Kraft treten. Gemeinden, die zusammen innerhalb einer Verwaltungsregion einen amtlichen Anzeiger herausgeben, sollen grundsätzlich erst auf Anfang 2025 zur elektronischen Form wechseln können. Damit soll verhindert werden, dass einzelne Gemeinden eine Anzeiger-Organisation in finanzielle Schwierigkeiten bringen, weil sie auf einen raschen Umstieg drängen. Die Anzeiger-Organisationen sollen jedoch beschliessen können, dass ihre Mitgliedgemeinden die neuen gesetzlichen Bestimmungen bereits ab 2023 anwenden dürfen.

Auch die Umsetzung der Motion «Jungen eine Stimme geben» wurde in der Kommission vorberaten. Die SVP ist der Ansicht, dass die politische Verantwortung und die Mündigkeit zusammengehören. Leider unterlag unsere Fraktion im Grossen Rat bei der Abstimmung zur Einführung des Stimmrechtsalters 16, die Bevölkerung wird nun im Rahmen einer Volksabstimmung erneut dazu Stellung nehmen können.

Weitere Themen, welche in der SAK behandelt wurden, waren das Gesetz über die digitale Verwaltung, der Kantonswechsel der Gemeinde Clavaleyres und der Rahmenkredit zur Förderung von Gemeindezusammenschlüssen. Auch der Kantonswechsel der Gemeinde Moutier war im Rahmen des «Feuille de route» immer wieder Thema in der Kommission.

Der Ausschuss Abstimmungserläuterungen finalisierte eine neue Abstimmungsvorlage, welche im Mai 2022 zum ersten Mal zum Einsatz kommen wird.

Per 1. November durfte ich als Nachfolgerin von Markus Aebi das Vizepräsidium der grossrätlichen SAK übernehmen, er verbleibt bis zum Legislativende in der Kommission und unterstützt mich mit seinem grossen Fachwissen. Ich danke meinen Kommissionsmitgliedern Walter Schilt, Marc Tobler, Kurt Zimmermann, Roman Gimmel und Anne-Caroline Graber (bis 30.06.2021), sowie Markus Aebi für die stets gute Zusammenarbeit.

Verena Aebischer, Grossrätin, Guggisberg

Bildungskommission (BiK)



Das Jahr 2021 war bildungspolitisch im Kanton Bern erneut bedeutend. So beschäftigte die Covid-19-Pandemie einmal mehr die Schulen stark. Zwar wurden die Schulen nicht erneut geschlossen. Aber die Massnahmen schränkten den Schulbetrieb doch sehr ein. Zum einen wegen den Quarantänen, welche immer wieder Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler zum zu Hause bleiben zwangen. Und zum anderen wegen der Maskenpflicht, welche Anfang 2022 dann sogar noch nach unten bis zur 1. Klasse ausgedehnt wurde. In Anbetracht der dann doch stattfindenden Ducheuchung darf diese Bremsstrategie im Nachhinein mit Fug und Recht sehr kritisch gesehen werden.

Bildungspolitisch beschäftigten uns aber vor allem die grossen Gesetzesrevisionen. In der Juni-Session konnten wir die Revision des Volksschulgesetzes unter Dach und Fach bringen. Die Revision geht klar in die richtige Richtung. So konnten wir Bürgerlichen Wahlobligationen für alle Lehrmittel im Gesetz verankern. Das bedeutet, dass das Obligatorium für das umstrittene «Passepartout»-Lehrmittelwerk mit «Mille feuilles» und «clin d'oeil» Geschichte ist. Die Schulen können nun also im Französischunterricht auch alternative Lehrmittel einsetzen.

Gleich nach dem Volksschulgesetz kam die Revision der drei Hochschulgesetze (Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule, Gesetz über die Universität, Gesetz über die Berner Fachhochschule) in den Rat. In erster Linie ging es um eine leichte Liberalisierung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen. So kann vermehrt Personal nach Obligationenrecht rekrutiert werden. Das

haben wir bejaht. Aus unserer Sicht einen grossen Erfolg konnten wir beim Gesetz über die Pädagogische Hochschule erzielen. Wir erreichten, dass Absolventinnen und Absolventen einer Berufsmaturität für die Ausbildungsgänge bis zur 6. Klasse prüfungsfrei zugelassen werden.

Wenn wir schon bei der Berufsbildung sind: Das von der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) gross aufgezogene und propagierte Projekt Berufsfachschulen 2020 wurde zum Schluss weitgehend beerdigt. Dies, nachdem die BKD die eigentlich richtige Absicht hatte, den aufgeblähten Wasserkopf Bern etwas zu re-dimensionieren und einige Klassen in andere Berufsschulen im restlichen Kanton zu verlagern. Daraufhin zog die Hauptstadtreion ihr Powerplay auf und die BKD zog daraufhin die meisten Verlagerungen zurück.

2022 endet die Legislatur 2018-2022. Nach acht Jahren in der grossrätlichen BiK, wovon vier als Präsident der SVP-internen BiK, habe ich nun die Amtszeitbeschränkung für Kommissionen erreicht. Deshalb verabschiedete ich mich hier als Präsident der BiK der SVP. Meine Nachfolgerin oder mein Nachfolger wird im Juni bestimmt.

Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg

Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)



Das Jahr 2021 war coronabedingt ein spezielles Jahr für die GSoK-Kommission. Wir haben an 11 Sitzungen getagt und konnten alle Sitzungen im grossen Rathaussaal physisch abhalten. Nebst der Finanzierung der Pandemiestrategie haben wir folgende wesentliche Geschäfte abgeschlossen:

- Das Spitalzentrum Biel war so ein Geschäft. Nach vielen Hürden konnte nun doch ein geeigneter Standort für das künftige Spitalzentrum Biel gefunden und weiter geplant werden. Der bisherige Standort liegt inmitten eines Wohnquartiers mit schlechter Erschliessung. Der neue Standort erbringt sinnvolle Vorteile, somit war ein neuer Kredit nötig, da es sich um einen Neubau handelt und nicht um eine Sanierung des bestehenden Spitals. Das Positive an der Verzögerung des Neubaus: Der Akutbereich wird vom ambulanten Bereich getrennt und die Anzahl Betten wurde nach unten korrigiert, ganz nach AVOS: ambulant vor stationär. Der Grosse Rat hat in der Herbstsession die benötigten 78 Mio. beschlossen.
- Die 2. Lesung SLG (Gesetz über die sozialen Leistungsangebote) wurde verabschiedet. In der ambulanten Pflege sollen Fehlanreize korrigiert und Massnahmen, die langfristig eine kostendämmende Auswirkung haben, sollen angewandt werden. Die Einführung von Betreuungsgutscheinen für den Besuch von Kindern in einer Kita gibt den Eltern die freie Wahl, in welcher Gemeinde die Kinder betreut werden sollen.
- Die Verselbstständigung fünf kantonaler Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe war ein heftiges Geschäft. Die Idee, diese fünf kantonalen Institutionen zu verselbständigen, war bestechend, aber nicht zielführend. Das pädagogische Zentrum für Hören und Sprechen in Münchenbuchsee, das im-

merhin 800 Plätze anbietet und ein einmaliges Angebot leistet, hätte mit der geplanten Finanzierung nicht überleben können. Dies war ein Grund, warum wir uns als SVP dagegen gewehrt haben, mit Erfolg. Im Grossen Rat konnten wir eine Mehrheit gewinnen und das Vorhaben verwerfen.

- Mit der Teilrevision SHV (Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe) sollen im Kanton Bern die SKOS-Richtlinien raschmöglichst, aber auch kostenneutral nachvollzogen werden. Dies soll den Gemeinden eine klare rechtliche Grundlage für den Vollzug der Sozialhilfe geben.
- Die Bestimmungen für Leistungserbringer der stationäre Kinder- und Jugendeinrichtungen, welche mit dem Kanton einen Leistungsvertrag abschliessen, regeln die Unterbringung in stationären Einrichtungen in der Verordnung der Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSV) und für den Vollzug im Gesetz (KFSG).
- GPK-Bericht über die Spitallandschaft: Im Gesundheitswesen ist eine fortschreitende Veränderung eine Tatsache. Die steigende Ambulantisierung bringt die Spitäler in finanziell schwierige Zeiten. Die Wirtschaftlichkeit der Spitäler steht im Gegensatz zu einer wohnortsnahen Grundversorgung der einzelnen Regionen. Dies wiederum schafft Unsicherheiten auch in Bezug auf die Suche nach Hausärzten. Auf der einen Seite ist die Überversorgung der Städte und Agglomerationen und auf der anderen Seite die schon heute bestehende Unterversorgung in ländlichen Regionen. Das Ziel ist, die versorgungsnotwendigen Angebote für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen. Die Spitalstrukturen sind detailliert zu planen. Das Ganze soll in Teilstrategien ausgearbeitet werden und eine Gesamtsicht erbringen.
- Im Familienbericht wird die familienpolitische Strategie dargestellt. Das Ziel: Familien so fördern, dass sie selber existenzsichernde Einkommen erwirtschaften können. Aber auch die Früherkennung von Kindeswohlgefährdung ist ein Thema. Der Kanton Bern bezahlt einiges für die Familien, so die familienergänzende und schulergänzende Kinderbetreuung mit rund CHF 120 Mio. jährlich und die Prämienverbilligung mit CHF 30 Mio.
- Mit der Teilrevision des Gesundheitsgesetzes sollen die erforderlichen Anpassungen an das neue Bundesrecht für die Gesundheitsberufe vorgenommen werden. So, dass zwischen Bundes- und Kantonsgesetz einheitliche Regeln und Vorschriften bestehen. Mit einer indirekten Änderung des Spitalversorgungsgesetzes soll die Weiterbildung in den universitären Medizinalberufen geregelt werden und eine Motion von 2014 umgesetzt werden.

Im Namen der GSoK-Mitglieder danken wir insbesondere unserem Regierungsrat Pierre Alain Schnegg für die geleistete Arbeit in diesem anspruchsvollen Jahr. Er hat mit seinem Team die ausserordentlichen Herausforderungen mit hohem Aufwand und grossem Druck ausgezeichnet gemeistert. Die Kritik linksgrüner Kreise über die Sparsbemühungen der GSI ist im Berichtsjahr bedeutend kleiner gewesen als auch schon. Dem Umgang des Gesundheitsdirektors mit der Pandemie wurde weitgehend von beinahe allen grosser Respekt gezollt. Die SVP-GSoK-Mitglieder sprechen Pierre Alain Schnegg einen grossen Dank aus und freuen sich auf weitere gute Zusammenarbeit.

Anne Speiser, Grossrätin, Zweisimmen

Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)



Geprägt wurde das 2021 der BaK durch den Kantonsverfassungsartikel zum Klimaschutz, das Kantonale Energiegesetz, vielfältige Kreditgeschäfte sowie die Priorisierung der Hochbauprojekte durch die Regierung.

Endlich – nach langem Warten, verursacht durch das Ringen mit eigenen Leuchtturmprojekten – verabschiedete der Regierungsrat die Liste der Hochbauprojekte nach Prioritäten. Damit ist eine seit Jahren pendente Auflage der BaK und des Grossen Rats erledigt und ermöglicht die genauere Planung inkl. Finanzierung der durch die Direktionen eingestellten Bauprojekte. Drei Varianten zur Finanzierung wurden uns aufgezeigt. Die Variante 2 mit jährlichen Investitionen von 563 Mio. Franken mit einer zusätzlichen Verschuldung von 500 Mio. erreichte eine klare Mehrheit. Für unsere Wirtschaft sehr bedeutend und ein starkes Signal.

Weniger erfreulich war die Abstimmung im September zum Klimaschutz. Der neue Verfassungsartikel 31a ist unnötig, weil der Klimaschutz im bisherigen Umweltartikel genügend abgedeckt ist. Nebst der SVP hat sich die EDU erfolglos gewehrt, aber leider haben sich schon im Rat die linken Kräfte mit der Mitte und der FDP durchgesetzt und konnten so im Abstimmungsbüchli ihre Argumente und das Stimmenverhältnis platzieren. Damit konnte die Bevölkerung getäuscht werden, nun aber wird die Berner Bevölkerung auch zur Kasse gebeten – es wird uns alle «etwas» mehr kosten. Es gilt nun für die SVP und die Wirtschaftsverbände, sich auf Gesetzesebene aktiv einzubringen.

Fraktionschefin Barbara Josi engagierte sich stark in der Arbeitsgruppe Ausbaustandards. Diese untersuchte den Bestellprozess der Nutzerdirektionen und hinterleuchtete die Projektprozesse sowie die Nachbestellungen unter dem Motto «sinnvoll oder nice to have». Es kann festgehalten werden, dass gewisse Abläufe verbessert werden und auch die neue Führung im AGG, Lorenz Held, einen anderen Drive, Sicherheit und Führungsstärke zeigt. Willy Marti setzte sich mit Laborbauten, Standards und Benchmarks auseinander, aber auch das Projekt zum Neubau des Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt hat Willy gefordert. Mit Perspektiven für die Berufsschulen in Bern und Langenthal sowie Neubauten von Turnhallen beschäftigte sich Ernst Wandfluh. Nicht ganz einfach, wenn die in der gesamtkantonalen Investitionsplanung GKIP ausgeführten Kosten für die Ausführungen jeweils schon über-überholt oder überschritten worden sind, bevor der Projektkredit bei der BaK gelandet ist. Alfred Bärtschi hatte einige spannende Geschäfte zu vertreten. Zum Beispiel den Salvisbergbau der Uni Bern, wo der Projektkredit in der BaK besprochen und im Rat verabschiedet wurde. Danke Fredu für die zusätzliche Arbeit im Ausschuss zum Klimaartikel.

Eine komplexe Materie ist der Strassennetzplan SNP und der Investitionsrahmenkredit für Strassen IRK. Dem IRK für die Jahre 2022 - 25 mit 280 Mio. Franken wurde zugestimmt. Im SNP 2022 - 25 mit 130 Mio. pro Jahr sind nur Projekte von > 2 Mio. Franken eingestellt, diese sind vorgesehen für Substanzerhaltung von Strasseninfrastruktur, Lärmsanierungen, Verkehrssicherheit und Quali-

tät sowie den Veloverkehr. Die dafür vorgesehenen Velovorrangrouten werden uns und die Gemeinden noch einige Jahre beschäftigen.

Das Kantonale Energiegesetz konnte dank vorausschauender Zusammenarbeit unter den bürgerlichen Parteien, angestossen durch die SVP BaK-Vertreter, verschoben werden und wurde zum strategischen Schachzug 2021. Die Zähne konnten so dieser Teilrevision gezogen werden, weil vorgängig das CO₂-Gesetz im Juni den Bach runter geschickt worden ist. Die 2. Lesung findet in der Frühlingssession 2022 statt. Dass nach dieser Lesung noch ein Referendum notwendig ist, scheint nicht mehr realistisch. Der HEV wird sich wegen diesem «Teilrevisiöndli» nicht weiter engagieren. Das Verbot für Ölheizungen und die Solarpflicht bei Neu- und Umbauten sind weg und die Gemeindeautonomie wird weiterhin hoch gehalten. Neu wird hingegen die gewichtete Gesamtenergieeffizienz GGE unsere Gemeinden beschäftigen.

Besten Dank an die SVP BaK-Mitglieder und die Ersatzmitglieder für ihren Einsatz und die sehr gute Zusammenarbeit.

Hans Jörg Rügsegger, Grossrat, Riggisberg

Sicherheitskommission (SiK)



Die SiK hat sich an mehreren Sitzungen mit den wichtigsten Geschäften der Sicherheitsdirektion befasst. Trotz der Pandemie konnten wir unsere Sitzungen im Rathaus mit Corona-Schutzkonzept durchführen. Die Hauptthemen waren das Gesetz über Besteuerung der Motorfahrzeuge, Polizeieinsätze während der Pandemie, Einsatz von Körperkameras, Neubau Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt Münchenbuchsee, Neubau einer Vollzugsanstalt sowie die Verselbstständigung der Strassenverkehrs- und Schifffahrtsämter. Die Zusammenarbeit mit Regierungsrat Philippe Müller (FDP) beurteile ich als gut bis sehr gut. Regierungsrat Müller ist viel konsequenter und bürgerlicher als sein Vorgänger alt Regierungsrat Käser.

Die Sicherheitskommission besteht aus 17 Mitgliedern: 5 SVP, 5 SP, 2 FDP sowie je ein Vertreter der EVP, Grünen, BDP, EDU und GLP.

Vorberatung von Geschäften zuhanden des Grossen Rates

In unserer Kommission wurden unter anderem folgende Geschäfte behandelt:

- Im Januar wurde unser Kerngeschäft in der SiK besprochen, das Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge. Wir von der SVP haben die Steuererhöhung natürlich abgelehnt. Kein anderer Kanton besteuert die Motorfahrzeuge nach dem CO₂-Ausstoss. Für uns ist dies nicht nachvollziehbar und ungerecht. Es benachteiligt das Gewerbe, die Landwirtschaft und die Bevölkerung, welche auf ein Auto angewiesen ist. Gerade der Mittelstand, welcher sich nicht alle paar Jahre ein neues Auto leisten kann, wäre extrem belastet worden. Für einen Gartenbau-Unternehmer mit 15 Lieferwagen wäre die Steuer zwischen 3000 bis 5000 Franken teurer geworden.
- Der Regierungsrat hat uns einen Bericht über den Einsatz von Bodycams vorgelegt. Bodycams könnten den Polizisten als Beweisgrundlage oder zur

präventiven Wirkung nützlich sein. Die Kamera trägt der Polizist an seiner Uniform, sie könnte bei gewalttätigen Übergriffen oder bei Straftaten eingesetzt werden. Momentan setzt noch kein Polizeikorps in der Schweiz Bodycams ein. Bei Veranstaltungen sind bereits heute Videoaufnahmen möglich. Der Regierungsrat erachtet den Bedarf, rasch und überall Kameras einzusetzen, als nicht dringlich.

- Das heutige Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt am Schermenweg in Bern ist sanierungsbedürftig und der Regierungsrat möchte in Münchenbuchsee direkt bei der Autobahnausfahrt einen Neubau realisieren. Wir haben dieses Vorhaben immer unterstützt und uns auch stark dafür eingesetzt, dass der Projektierungskredit von 10.5 Millionen Franken angenommen wird. Die Kosten für einen Neubau werden auf total 100 Millionen Franken geschätzt. Ein Strassenverkehrsamt wird täglich von ca. 900 Personen besucht und daher eignet sich der Standort Münchenbuchsee sehr gut.
- Beraten haben wir auch die Justizvollzugsstrategie, der Regierungsrat erwartet bis im Jahr 2032 einen zusätzlichen Bedarf von Vollzugsplätzen. Sinnvolle Betriebsgrössen, welche einen wirtschaftlichen und effizienten Betrieb ermöglichen, sind Anstalten mit rund 100 Plätzen. Die Masterplanung wurde in 3 Phasen aufgeteilt. Es stellt sich die grosse Frage, wo ein Neubau für 100 Plätze entstehen soll. Geprüft wird ein Neubau in Witzwil oder beim ehemaligen Jugendheim Prêles. Die SVP lehnt einen Neubau nicht ab, ist aber der Meinung, dass dies nicht als erste Priorität behandelt werden muss.
- Bei der Absicht von Regierungsrat Müller, die Strassenverkehrsämter zu verselbstständigen, sind wir uns in der SiK nicht ganz einig geworden. Auf der einen Seite gehört das Strassenverkehrsamt in die Hoheit einer kantonalen Aufgabe. Im Weiteren stellt sich auch die Frage, welchen Einfluss das Parlament bei einer Auslagerung des Amtes noch haben wird. Ein Teil der Kommission sieht aber auch den Vorteil, dass ein Strassenverkehrsamt, welches autonom handeln könnte, sich bezüglich der neusten Entwicklungen in der Autobranche positionieren könnte.

Für die angenehme Zusammenarbeit in der Sicherheitskommission möchte ich mich bei den Mitgliedern Andrea Gschwend, Mathias Müller, Werner Moser und Etienne Klopfenstein recht herzlich bedanken.

Thomas Knutti, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

SVP Frauen Kanton Bern



Schnell einmal war uns klar, dass auch das Jahr 2021 nicht das Jahr der Anlässe und gemütlichen Treffen sein wird. So haben wir uns erstmals Anfang Mai zu einer Sitzung getroffen. An weiteren Vorstandssitzungen im Juni und im September ist es dann vor allem darum gegangen, die Grossratswahlen vom März 2022 aufzugleisen.

In diesem Zusammenhang haben wir Anfang November die sehr beliebte Kandidatinnenschulung durchgeführt. Rund die Hälfte aller kandidierenden

Frauen haben die Gelegenheit genutzt und sich von unseren erfahrenen Kolleginnen in die Geheimnisse einer erfolgreichen Wahlkampf-Führung einweihen lassen. Die sehr informativen Vorträge von Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren und den Grossrätinnen Aliko Panayides und Katja Riem haben uns zahlreiche Möglichkeiten für die Gestaltung des Wahlkampfs aufgezeigt.

Ich bin sehr erfreut, dass sich mit 57 Kandidatinnen wiederum 5 Frauen mehr zur Verfügung gestellt haben als noch vor vier Jahren. Das Ziel, auf jeder Liste mit 30 Prozent Frauen ins Rennen zu steigen, wurde in den Wahlkreisen Jura bernois, Mittelland Süd, Thun und Oberaargau erreicht oder sogar übertroffen. Im Seeland, Emmental, Mittelland Nord, der Stadt Bern und Oberland sind wir noch nicht ganz so weit.

Der Frauenanteil in unserer Grossratsfraktion hat sich 2021 mit dem Nachrutschen von Franziska Fuss, Katja Riem und Aliko Panayides erfreulicherweise von 10 auf 12 Frauen erhöht. Wir hoffen doch sehr, dass wir diese Zahl nach den Wahlen im kommenden März noch steigern können.

Im vergangenen Jahr sind weitere Schlüsselpositionen von unseren Frauen besetzt worden. So ist Grossrätin Verena Aebischer neu Präsidentin im Verwaltungskreis Bern-Mittelland und Grossrätin Andrea Gschwend hat das gleiche Amt im Wahlkreis Emmental übernommen. Ich wünsche allen unseren Frauen in diesen wichtigen Positionen viel Freude und Erfolg.

Wie immer an dieser Stelle gilt mein besonderer Dank meinen Vorstandskolleginnen, die mich mit ihren Ideen tatkräftig unterstützen, allen voran unserer Geschäftsführerin und jetzt Grossrätin Aliko Panayides, die uns umsichtig und kompetent zur Seite steht. Weiter wirken im Vorstand Liliane Huguenin (Vize-Präsidentin / Mittelland Süd), Madeleine Amstutz (Grossrätin / Thun), Nadja Umbricht Pieren (Nationalrätin / Emmental), Marlène Geiser (Mittelland Nord), Eliane Burn (Stadt Bern), Michelle Singer (JSVP / Emmental) und Stephanie Gartenmann (Oberland). Wir freuen uns im Vorstand der SVP Frauen auf doppelten Nachwuchs im Emmental. Ich wünsche unseren Vorstandskolleginnen Nadja und Michelle für die bevorstehenden Geburten alles Gute!

Petra Wyss, Präsidentin, Aarberg

JSVP Kanton Bern



Unsere Mitglieder erteilten im Herbst 2020 den Auftrag, ein neues Parteiprogramm zu erarbeiten. So stand die erste Hälfte des Jahres 2021 projektmässig im Zeichen der Erarbeitung jenes grundlegenden Dokuments unserer politischen Arbeit. Unter der Leitung von Joel Zimmermann, Präsident Junge SVP Emmental, wurde hierfür eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Das Parteiprogramm 2022-2026 wurde an der Hauptversammlung 2021 verabschiedet. Aus dem Vorwort sei folgende Grundposition der JSVP Kanton Bern zitiert: *«Die Schweiz ist ein unabhängiges und neutrales Land, in welchem das Volk der oberste Chef ist. Diesen Grundsatz gilt es mit aller Kraft zu verteidigen. Der Kanton Bern soll ein stolzer Stand*

sein, welcher Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Gewerbe möglichst viel Freiraum bietet. Die Junge SVP Kanton Bern steht ein für tiefe Steuern, Gebühren und Abgaben und für die direktdemokratische Mitsprache des Volkes. Insbesondere der Einsatz junger Menschen ist wichtiger denn je. Die Entscheidungen der Politik von heute wird sie in den kommenden Jahrzehnten so intensiv wie keine andere Personengruppe betreffen. Aus diesem Grund bietet die Junge SVP Kanton Bern all jenen jungen Personen im Alter bis 35 Jahren eine politische Heimat, welche für bürgerliche Werte wie Eigenverantwortung, persönliche und wirtschaftliche Freiheit, einen schlanken Staat und eine konsequente Asyl- und Ausländerpolitik einstehen.». Das komplette Dokument ist unter www.jsvpbern.ch einsehbar.

Politisch bereitete sich die JSVP Kanton Bern 2021 auch auf eine bevorstehende, wegweisende Abstimmung vor – jene über das Stimmrechtsalter 16. Die Berner Stimmbevölkerung wird sich aufgrund einer Motion eines grünen Grossrats in Bälde mit einer Verfassungsänderung beschäftigen müssen. Die JSVP lehnt das Vorhaben klar ab und wird den Lead des Kontra-Lagers einnehmen. Die Forderung nach dem Stimmrechtsalter 16 ist Ausdruck eines falschen Demokratieverständnisses, ein trojanisches Pferd linker Klimaaktivisten, Offenbarung von Inkonsequenz wie auch ein Sammelbecken unlogischer Argumente.

Im Jahr 2021 wurden des Weiteren diverse Vorabklärungen für eine neue kantonale Volksinitiative getätigt. Geprüft wurden insbesondere zwei Initiativprojekte, welche für unseren Kanton gleichermaßen wegweisenden Charakter hätten. Einerseits wurde die Möglichkeit der Einführung eines «Verwaltungskreismehrs» für gewisse kantonale Abstimmungsvorlagen, andererseits das Begehren, keine Transitplätze für ausländische Fahrende gegen den Willen der ortsansässigen Bevölkerung errichten zu dürfen, analysiert. Entscheide zur allfälligen Lancierung eines entsprechenden Volksbegehrens sind für das Jahr 2022 vorgesehen.

Nach der Durchführung von Gesprächen mit allen drei Kandidaten für das Parteipräsidium der SVP Kanton Bern konnte die Parteileitung den Delegierten erfreulicherweise sowohl Manfred Bühler wie auch Thomas Knutti und Samuel Krähenbühl zur Wahl empfehlen. Sämtliche Kandidaten betonten die Wichtigkeit einer engagierten Jungpartei, schätzten den Stellenwert der JSVP Kanton Bern in der Berner Politlandschaft als hoch ein und gaben klar zu erkennen, an einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit sehr interessiert zu sein. Die JSVP Kanton Bern wünscht dem neugewählten Parteipräsidenten Manfred Bühler alles Gute im neuen Amt und freut sich auf eine aktive Zusammenarbeit.

Auch im Jahr 2021 führte die JSVP Kanton Bern – trotz der Covid-Pandemie und deren teilweise unverhältnismässigen Bekämpfungsmassnahmen – diverse Anlässe mit gesellschaftlichem Charakter durch. So wurde wiederum am Feldschieszen in Mühleturnen teilgenommen, in Zusammenarbeit mit der SVP Stadt Bern das traditionelle Grillfest im Juli sowie das Burezmorge im September durchgeführt und im Rahmen des gesellschaftlichen Anlasses die Rennfähigkeiten der Parteimitglieder auf der Kartbahn in Lyss auf die Probe gestellt. Zum Jahresabschluss lud die JSVP Kanton Bern Anfang Dezember zum traditionellen Fondue Chinoise im Restaurant Kleefeld in Bümpliz.

Die beiden Co-Parteipräsidenten blicken somit auf ein aktives Politjahr 2021 zurück und freuen sich, in Zukunft diverse weitere Projekte zu Gunsten der hart arbeitenden Steuerzahler unseres wunderbaren Kantons angehen zu dürfen!

Nils Fiechter, Frutigen, und Adrian Spahr, Lengnau, Co-Präsidenten

SVP Senioren Kanton Bern



2021 bleibt uns als Jahr zwei der Pandemie in Erinnerung. Nachdem per Ende 2020 der erste Covid-19-Impfstoff freigegeben wurde, konnte in der Schweiz ab Januar 2021 die Impfkampagne auf breiter Basis gestartet werden. Trotzdem war das ganze Jahr weiterhin von Corona geprägt und brachte zeitweise weitere Einschränkungen im öffentlichen Leben mit sich. Dies führte auch dazu, dass sich die Aktivitäten der SVP Senioren auf ein Minimum beschränkten. Gegen Ende 2021 tauchte mit «Omikron» eine neue Corona-Variante auf, welche wohl als ansteckender bezeichnet wird, jedoch allgemein mildere Verläufe hervorruft. Dies führt bei Wissenschaftlern zur Hoffnung, dass dieser Virus zu einer weniger gefährlichen, jährlich zirkulierenden Erkrankung führen und so die Pandemie beenden könnte.

Innerhalb der SVP Kanton Bern kam es anfangs Juli 2021 zu einem Präsidentenwechsel. Ständerat Werner Salzmann gab nach rund 9-jähriger Tätigkeit sein Amt als Kantonalpräsident ab. Aus drei Bewerbern wurde als sein Nachfolger alt Nationalrat Manfred Bühler, Cortébert bereits im ersten Wahlgang gewählt. An der DV vom 9.7.2021 war es uns ein Bedürfnis, Werner Salzmann für seine diversen Auftritte bei den SVP Senioren und natürlich auch für sein bisheriges grosses politisches Engagement und kompetentes Wirken ganz herzlich zu danken und seinem Nachfolger als Kantonalpräsident zur Wahl zu gratulieren.

Die HV 2021 der SVP Senioren wurde wegen der Corona-Einschränkungen erst im August 2021 im Landgasthof Schönbühl durchgeführt. Vor rund 50 Personen wurden die statutarischen Traktanden zügig abgewickelt. Im Anschluss an die HV kamen die Anwesenden in den Genuss von zwei interessanten Referaten. Einerseits orientierte Barbara Josi als neue Fraktionspräsidentin der SVP über behandelte oder anstehende wichtige Geschäfte im Grossen Rat. Andererseits gab Manfred Bühler als neuer Präsident einen tiefen Einblick, wohin es mit der SVP Kanton Bern gehen soll. Das weitere Tätigkeitsprogramm 2021 wurde nur reduziert geplant. Leider konnte der vorgesehene Bundeshausbesuch Coronabedingt noch nicht durchgeführt werden.

Am 26. Mai 2021 beendete der Bundesrat endlich offiziell die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen. Etwas später wurde das Engagement der SVP erneut belohnt, wurden doch das CO₂-Gesetz sowie die Trinkwasserinitiative und die Pestizid-Verbotsinitiative durch das Volk abgelehnt. Erfolgreich auch auf kantonaler Ebene war das von der SVP angeführte Referendumskomitee gegen die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern, sodass es nun am 13.2.2022 zu diesem Thema zu einer Volksabstimmung kommt. Einen wichtigen Entscheid fällte der Bundesrat in der Folge auch nach einem grossangelegten

Auswahlverfahren für den Kauf von 36 Kampffjets des Typs F-35A für rund 6 Mia. Franken (inkl. Teuerung) von Lockheed Martin.

Die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten hat sich trotz Neueintritten infolge Todesfällen und hohem Alter leicht um 6 auf 323 Personen reduziert. Wir danken allen Bisherigen für ihre Treue und heissen neue Mitglieder jederzeit herzlich willkommen.

Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Vorstandes für die gute Zusammenarbeit und hoffe, dass wir 2022 wiederum grössere Aktivitäten anbieten können.

Ulrich Iseli, Präsident, Madiswil

Landesteile

Jura bernois



Les années se suivent mais ne se ressemblent pas. 2021 est certainement une année des plus contrastées pour l'UDC du Jura bernois. D'une part, le vote de Moutier qui va quitter le canton de Berne et, d'autre part, l'honneur de voir un président cantonal sortir de ses rangs. Deux événements qui peuvent paraître totalement contradictoires mais qui sont désormais écrits dans l'histoire de notre parti.

Premièrement, nous allons devoir nous séparer de la capitale administrative du Jura bernois. Moutier, avec ses 8500 habitants, constitue la ville la plus importante de la région avec une section UDC très active. Une immense perte pour le Jura bernois et le canton de Berne tout entier ; tout d'abord parce que cette histoire a coûté beaucoup d'argent et d'énergie au citoyen et ensuite parce que le canton de Berne doit maintenant relocaliser son administration avec ses 180 employés. Cette affaire est une honte ! Il est en effet fondamentalement antidémocratique de revoter sur un sujet passéiste vieux de 50 ans, ce qui est lamentable pour le système démocratique Suisse. Un point positif toutefois est à retenir : aujourd'hui c'est terminé, le Jura bernois pourra s'occuper de ses affaires sans pression aucune de nos adversaires politiques soutenus par un état voisin. Pour l'UDC, il s'agira de veiller à ce que le canton de Berne ne perde pas une miette dans cette affaire. Nous ne désirons pas mener une politique de la terre brûlée, mais il est exclu que le canton de Berne perde encore une fois des plumes dans cette satanée prétendue question jurassienne.

Au même moment, l'UDC du Jura bernois a néanmoins eu le grand honneur d'être en mesure de présenter un candidat à l'élection de la présidence cantonale, Manfred Bühler. Un homme voué à la politique locale, cantonale et nationale, mais surtout un homme qui met toute son énergie pour la cause de notre parti. Élu avec une claire majorité des voix au premier tour lors de l'assemblée des délégués, ceux-ci ont manifesté non seulement une marque de reconnaissance, mais également une grande confiance en l'homme politique qu'est Manfred. L'UDC du Jura bernois lui souhaite plein succès et réussite dans cette

nouvelle tâche, conscient des grandes responsabilités qui sont désormais les siennes.

L'année 2021 c'est aussi le début des préparatifs pour les élections cantonales, élections particulièrement favorables à l'UDC du Jura bernois depuis maintenant plusieurs années. Il faut cependant rester conscient des risques de la politique. C'est effectivement lorsque l'on se trouve en haut du classement que le plus gros travail reste à faire. Être premier de classe est une bonne chose, y rester c'est encore mieux.

Dans cette optique, une première bonne nouvelle est bien entendu la mise à disposition pour un nouveau mandat de notre Conseiller d'Etat Pierre Alain Schnegg qui se représente. Celui qui a pris et assumé des décisions difficiles, dans des situations délicates, souvent opposées aux habitudes de la population, reste une valeur sûre pour le canton de Berne. Il a su prendre ses responsabilités et conduire notre canton d'une manière exemplaire afin de garantir une situation sanitaire stable. L'UDC du Jura bernois peut être fière de Pierre Alain Schnegg qui incarne également toute l'importance d'une majorité de droite au gouvernement.

Enfin, j'adresse un grand merci aux membres du parti, des différents comités, mais surtout au comité de l'UDC du Jura bernois pour le travail accompli durant ces années. Ensemble, nous continuerons à nous investir sans relâche afin de garantir un avenir prospère à nos générations futures.

Patrick Tobler, président, Montagne de Moutier

Biel-Seeland



Auch 2021 beherrschte uns die Coronapandemie weltweit immer noch sehr stark! Bis Ende April und dann im Herbst bis Januar waren jegliche Veranstaltungen nicht mehr möglich, man organisierte schriftliche Abstimmungen und Sitzungen per Zoomvideo. Somit orientierten wir unsere Parteimitglieder schriftlich über die März-Abstimmungen: Verhüllungsinitiative, Handelsabkommen mit Indonesien und die Gesetzesänderungen für Handel und Gewerbe. Mit viel Mut organisierten wir unmittelbar nach dem Lockdown eine Landsgemeinde auf dem Schüpberg. Die Teilnahme von knapp 100 Personen zeigte, dass sich die Menschen wieder unterhalten wollen. Wir behandelten die Parolen gegen die zwei Pflanzenschutzinitiativen, was schliesslich dank der guten Wahlbeteiligung auf dem Land auch gelang. Die Sektion Aegerten-Brügg organisierte Ende Mai einen Standanlass mit Albert Röstli. Ende Juni fand ein Podium der Sektion Jolimont zum Thema Altersvorsorge statt. Als Wahlkreis veranstalteten wir im Juni ein Sektionstreffen im Waldhaus Bürglen-Schüpfen mit sehr guter Beteiligung: Info-Aktivitäten Wahlkreis, Grossratswahlen und Anliegen der Sektionen. An der DV im August besprachen wir die Parolen für den Klimaartikel Kanton Bern, Ehe für alle und die 99% Initiative. Zudem nominierten wir unsere Grossratskandidatinnen und -kandidaten. Ende September beschlossen wir im Flügerbeizli Worben die Parolen der Pflegeinitiative, Wahl der Bundesrichter und

das Covid Gesetz. Es war auch gerade unsere Kick-off-Sitzung, um unsere Kandidaten zu informieren und zu motivieren. Danach waren wegen der Pandemie keine Anlässe mehr möglich.

All dies organisierten wir an 8 Vorstandssitzungen. Hier möchte ich auch gerade meinen grossen Dank an meine Vorstandsmitglieder aussprechen, welche sich mit viel Herzblut für die SVP Biel-Seeland engagieren! Merci vieu mau! Dank einem Zuwachs von jungen Mitgliedern konnten wir die Mitgliederzahl leicht erhöhen. Die Finanzen sind stabil. Erschreckend ist für mich, dass viele Bürger das eigene Denken ausgelagert haben und den Medien überlassen! Ich hoffe, wir nehmen unsere Eigenverantwortung und Meinungsbildung wieder in die eigenen Hände zum Erhalt unserer Freiheiten!

Martin Schlup, Präsident, Grossrat, Schüpfen

Emmental



Die Freude im Emmental ist spür- und greifbar! Endlich durften wir uns im vergangenen Jahr wieder physisch treffen. Im Rahmen von vier Vorstandssitzungen und drei Delegiertenversammlungen, die jeweils an unterschiedlichen Orten im Emmental stattfanden, hatten wir die Gelegenheit zum politischen Austausch und zum geselligen Beisammensein – wenn auch grösstenteils immer noch unter Einhaltung der Schutzmassnahmen.

Aus dem Vorstand verabschieden mussten wir Elisabeth Salzmann aus Signau. Die Vakanz konnten wir mit Christoph Hofer aus Schüpbach besetzen. Lisa danke ich herzlich für ihren geleisteten Einsatz, und Christoph wünsche ich viel Freude in unserem Team.

Einer der Höhepunkte für uns Emmentalerinnen und Emmentaler war sicherlich, dass unsere Region im vergangenen Jahr in die Welt hinausgetragen wurde. Im 2021 war mit Nationalrat Andreas Aebi ein waschechter Emmentaler höchster Schweizer. Anlässlich einer Delegiertenversammlung referierte er über sein Jahr als Nationalratspräsident, erzählte Anekdoten und Erlebnisse und liess uns alle staunend, berührt und beeindruckt zurück. Wir sind überzeugt, dass Andreas Aebi sein ehrenvolles Jahr mit Bravour gemeistert hat, und sind stolz.

Ebenfalls stolz sind wir auf die Wiederwahl unserer Regierungsstatthalterin Claudia Rindlisbacher am 13. 2021. In ihrer Funktion nimmt sie eine wichtige Rolle ein zwischen der Berner Regierung und der Bevölkerung. Stets hat sie ihre Arbeit mit viel Kompetenz, Feingefühl, Diplomatie und grossem Engagement ausgeführt. Wir gratulieren Claudia herzlich zur Wiederwahl und wünschen ihr viel Kraft, Energie und Genugtuung bei der Arbeit. Wir freuen uns, dass in unserem Wahlkreis die Funktion der Regierungsstatthalterin in SVP-Händen ist.

Am 5. August durften wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Grossratswahlen nominieren. Wir können zwei Listen – SVP Oberes Emmental und SVP Unteres Emmental – mit je 15 motivierten, kompetenten, engagierten Kandidierenden präsentieren. An dieser Stelle danken wir allen für ihren Einsatz und

wünschen schon heute viel Erfolg für die Wahlen. Ein besonderer Dank gebührt unserer Wahlkampfleiterin, meiner Schwester Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren, sowie dem gesamten Wahlteam für ihre wertvolle und grosse Arbeit.

In der grössten Gemeinde des Oberen Emmentals haben am 31. Oktober Wahlen stattgefunden. Der amtierende Gemeindepräsident, Grossratskollege Walter Sutter, wurde dabei mit 1'939 Stimmen glanzvoll wiedergewählt. Herzliche Gratulation! Ein Sprichwort sagt, «Wahltag ist Zahhtag». Die Stimmbürgerinnen und -bürger in Langnau haben Walter Sutter mit einer überwältigenden Anzahl Stimmen wiedergewählt und ihm damit nicht nur das Vertrauen ausgesprochen, sondern auch gezeigt, dass er seine Arbeit als Gemeindepräsident sehr gut gemeistert hat. Lieber Walter, weiterhin viel Erfolg und Freude im Amt.

Wir gratulieren ausserdem allen Gewählten in der Legislative und der Exekutive kleinerer und grösserer Emmentaler Gemeinden herzlich, danken für ihr grosses Engagement und wünschen Zufriedenheit und gutes Gelingen bei der Arbeit.

Ein grosser Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen im Vorstand der SVP Emmental. Unsere Zusammenarbeit war stets geprägt von konstruktiven Diskussionen, aber auch von Freundschaft und Geselligkeit.

Ebenfalls danke ich den Sektionen der SVP Emmental für deren Mitwirken und das politische Engagement. Ein grosses MERCI geht an sämtliche Emmentaler SVP-Mitglieder für ihre Treue. Ich schätze die persönlichen Begegnungen mit Euch sehr!

Andrea Gschwend-Pieren, Präsidentin, Grossrätin, Heimiswil

Oberaargau



Auch in der SVP Oberaargau stand das Wahlkreisjahr 2021 erneut im Zeichen der Pandemie und des Lockdowns. Im normalen Rahmen konnten im Frühjahr und Sommer die Sektionen ihre Versammlungen und Anlässe durchführen. Die Delegiertenversammlung und Hauptversammlung der SVP Oberaargau konnten am 28. April durchgeführt werden. Der Vorstand traf sich an 12 Sitzungen. Zum Teil wurden die Vorstandssitzungen mit Videokonferenz abgehalten.

Im Mittelpunkt der Vorstandsarbeit standen die Vorbereitungen zu den kantonalen Wahlen 2022 für den Regierungsrat und den Grossrat. Die bisherigen, amtierenden Grossräte Beat Bösiger (Niederbipp), Patrick Freudiger (Langenthal), Samuel Leuenberger (Bannwil) und Andreas Schüpbach (Huttwil) treten wieder an. So war es die Aufgabe, acht weitere KandidatInnen anzufragen. Im Vordergrund stand die regionale Vertretung verteilt über den Wahlkreis Oberaargau. Mit bekannten Persönlichkeiten aus der lokalen Politik und Wirtschaft wurden Gespräche geführt. So konnten anlässlich der Delegiertenversammlung anfangs September 2021 weiter acht Kandidatinnen und Kandidaten nominiert werden. Es sind dies: Christine Fahrni (Rumisberg), Rahel Schürch (Madiswil), Gabriela Seiler (Aarwangen), Cornelia Wälchli (Langenthal), Thomas Beer (Oberbipp), Thomas Krähenbühl (Röthenbach b.H.), Martin Lerch (Langenthal) und Marcel Sommer (Huttwil).

Zusammen mit dem Vorstand erarbeiteten wir einen Plan für Anlässe und Medien. Unterstützt wurden wir durch Paul Christen, Fotograf in Langenthal, und Walter Ryser von der Firma Textwerk in Langenthal. Den Auftakt zum Wahljahr 2022 machten wir Ende Dezember 2021 am Altjahrsmarkt in Huttwil. Bei viel Regen und ohne Essens- und Getränkeausgabe war es für die Beteiligten ein ungewöhnlicher Start in den Wahlkampf. An der Vorstandssitzung kurz vor Weihnachten konnten wir auf dem Flugplatz in Bleienbach das kalendarische Vereinsjahr abschliessen.

Samuel Leuenberger, Präsident, Grossrat, Bannwil

Bern-Mittelland



Nach der Übernahme des Präsidiums per Ende August 2020 darf ich nun auf das erste ganze Jahr als Präsidentin der SVP Mittelland zurückschauen. Dieses Jahr stand ganz im Zeichen der Regierungsstatthalterwahl.

Das klar erklärte Ziel der SVP Mittelland war es, eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur zu stellen, um das Amt des Regierungsstatthalters zurück in bürgerliche Hände zu holen.

Der Vorstand der SVP Mittelland entschied sich, die bürgerliche Kandidatur von Tatjana Rothenbühler, FDP, zu unterstützen. Das angesetzte Wahldatum vom 13. Juni 2021 spielte uns in die Karten, war doch aufgrund der Agrarinitiativen und des CO2-Gesetzes eine grosse Stimmbeteiligung zu erwarten. Im gemeinsamen Wahlkampf hat es mich sehr gefreut, dass unsere Parteimitglieder an vorderster Front für die Wahl von Tatjana Rothenbühler gekämpft haben und wir die parteiübergreifende Zusammenarbeit nutzen konnten. Aufgrund der dürftigen Wahlbeteiligung im 2. Wahlgang Ende August war der gewünschte Erfolg leider nicht möglich und das Amt der Regierungsstatthalterin bleibt mit Ladina Kirchen auch weiterhin in linker Hand.

An drei Vorstandssitzungen und einer Delegiertenkonferenz wurden die wahlkreisübergreifenden Themen im Verwaltungskreis Bern-Mittelland behandelt. Durch die weiterhin alltagsbestimmende Corona-Pandemie fanden die Sitzungen allesamt via Zoom-Konferenz statt. Auch wenn die digitalen Sitzungen eine gewisse Flexibilität und damit einen Vorteil bezüglich des Sitzungsortes und der Dauer mit sich bringen, freue ich mich doch, den Vorstand bald einmal an einer physischen Präsenzsitzung begrüessen zu dürfen!

Als weiteres grosses Thema hat uns die Vorbereitung für die Gross- und Regierungsratswahlen beschäftigt. In den drei Wahlkreisen Stadt Bern, Mittelland-Nord und Mittelland-Süd stehen vielseitige und interessante SVP-Kandidierende zur Wahl. Es freut mich zudem, dass viele bisherige Grossrätinnen und Grossräte erneut zur Wahl antreten.

Ich bedanke mich bei meinen Vorstandsmitgliedern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr und freue mich auf die Zukunft. Ein grosser Dank geht an alle SVP-Mitglieder, welche unser Gedankengut stets nach Aussen tragen und sich unermüdlich für unsere Partei einsetzen.

Die gewonnen Abstimmungen und die verlorene Regierungsstatthalterwahl im vergangenen Jahr haben es uns einmal mehr gezeigt; der Erfolg steht und fällt mit der Stimmbeteiligung. – Es bleibt also nur eines, motivieren wir all unsere Freundinnen und Freunde und gehen auch künftig **alle** an die Urne!

Verena Aebischer, Grossrätin, Guggisberg

Thun



Wie schon das Vorjahr war auch das Jahr 2021 wieder stark von den Einschränkungen durch die behördlichen Covid-19-Massnahmen geprägt. Und die ganze Coronapolitik sollte im Verlauf des Jahres auch die SVP immer stärker beschäftigen. Aber dazu später mehr.

Aufgrund der erneuten Einschränkungen nutzte der Wahlkreisverband Thun seinen Zoom-Account, um trotz allem möglichst viele Sitzungen und Versammlungen wenigstens digital durchführen zu können. Das Angebot des Wahlkreises wurde auch von zahlreichen Sektionen genutzt. So wurden sowohl die erste Vorstandssitzung vom 13. Januar wie auch die erste DV, welche gleich im Anschluss an die Vorstandssitzung stattfand, per Zoom durchgeführt. An dieser Vorstandssitzung nominierten wir unseren Kandidaten Mathias Berger für das Amt des Regierungsstatthalters. Auch die Hauptversammlung vom 2. Februar führten wir per Zoom durch. Die weiteren Sitzungen und Versammlungen des Jahres fanden dann physisch statt, wozu wir aber teilweise spezielle Lokalitäten wie die Räume der FEG Thierachern für Vorstandssitzungen sowie die Aula Heimberg für Delegiertenversammlungen nutzten. Hier war es einfacher, grosse Abstände einzuhalten. Auch die Sessionsrückblicke fanden – wenn auch unter Einhaltung der jeweils gültigen Einschränkungen – statt.

Der Sommer war dann recht ereignisreich. Zunächst stand am 13. Juni die Regierungsstatthalterwahl an. Zwar erreichte niemand der Kandidierenden das absolute Mehr. Am meisten Stimmen erhalten hatte aber die von den Grünen portierte Kandidatin Simone Tschopp (17'850 Stimmen). Auf Platz zwei lag unser Kandidat Mathias Berger (10'933 Stimmen). Unser Wahlausschuss entschied sich aufgrund des doch klaren Rückstands für einen Rückzug unseres Kandidaten. Die anderen Kandidaten, welche noch viel weiter zurücklagen, schlossen sich an. Somit konnten der Öffentlichkeit Kosten erspart werden. An den fachlichen und menschlichen Fähigkeiten unseres Kandidaten Mathias Berger lag es sicher nicht. Er hat sich im Wahlkampf sehr engagiert. Aber heutzutage ist es für einen Mann im Alter von Mitte Fünfzig sehr schwierig, gegen eine attraktive Frau, die noch keine vierzig Jahre jung ist, zu bestehen.

Im Juni mussten wir von den Rücktritten unserer Grossräte Jürg Marti, Steffisburg, und Carlo Schlatter, Thun, Kenntnis nehmen. Für sie rückten in der Herbstsession Franziska Fuss, Teuffenthal sowie Roman Gimmel, Thun nach.

Am 24. August nominierten die Delegierten des SVP-Wahlkreisverbandes Thun an einer gut besuchten Versammlung in der Alten Reithalle die Kandidierenden für die Grossratswahlen 2022. Die SVP tritt mit drei Listen an. Die drei Listen

sind geographisch in Westamt, Ostamt und Stadt aufgeteilt. Die 24 Persönlichkeiten, darunter sieben Frauen, haben die meisten politische Erfahrung aus dem Gemeindepräsidium, Stadt- oder Gemeinderäten.

Gemeindewahlen fanden im Jahr 2021 weniger zahlreich statt als im Vorjahr. Zwei gewichtige Ersatzwahlen in den zwei grössten Gemeinden Steffisburg und Thun standen aber auf dem Programm. In Steffisburg kandidierte unser Kandidat Reto Jakob, um die Nachfolge von Gemeindepräsident Jürg Marti anzutreten. Er tat dies bravourös und wurde gleich im ersten Wahlgang gegen zwei Mitbewerber gewählt. In Thun wurde aufgrund des Rücktritts unseres Vizepräsidenten Roman Gimmel ein Gemeinderatssitz frei. Reto Schertenleib nahm die Herausforderung an und ging für die SVP ins Rennen. Aber auch er sollte, wie Mathias Berger, die Erfahrung machen müssen, dass man es als bürgerlicher Mann heute schwer hat, wenn man gegen Frauen antreten muss. Trotz engagiertem Wahlkampf auch der SVP Stadt Thun ging der Sitz leider an die SP. Wobei: In einem Jahr kann man diesen Fehler korrigieren. Es mag übrigens sein, dass die zeitgleiche Abstimmung vom 28. November einen gewissen nachteiligen Einfluss auf die Thuner Wahlen gehabt hat. Denn in einer sehr intensiven Abstimmungskampagne unterlagen die Gegner des Covid-Gesetzes, zu denen auch wir vom SVP-Wahlkreisverband Thun gehörten. Die SVP hat sich auf allen Stufen klar gegen das Covid-Gesetz ausgesprochen. Trotzdem mussten wir feststellen, dass die Intensität dieser Debatte auch in unseren Reihen sehr hoch war und vereinzelt sogar zu Parteaustritten führte.

Samuel Krähenbühl, Präsident, Grossrat, Unterlangenegg

Oberland



Das Jahr 2021 war für die SVP eine sehr grosse Herausforderung. Die Corona-Situation beschäftigte die Partei weiterhin. Für die SVP war die Situation sehr schwierig einzuschätzen oder besser gesagt, es war praktisch unmöglich, für die Mehrheit der Mitglieder das richtige zu vertreten.

Wegen der Pandemie sind unter uns SVPLern zum Teil langjährige Freundschaften unter Druck geraten. Vor allem über Sinn und Zweck bei den geforderten Impfungen war man sich in der SVP nicht einig. Ich persönlich habe immer die Meinung vertreten, dass jeder selber für sich entscheiden soll, ob er die Impfung machen will oder nicht, und auch die Konsequenzen dafür tragen muss. Es ist zu hoffen, dass wir jetzt ohne weitere Folgeschäden aus dem Pandemiesumpf herauskommen. Man kann es nicht schönreden, aber unser Land hat die Pandemie besser gemeistert als andere Länder. Ich wünsche mir, dass wir nun unsere bewährte und so wichtige SVP-Politik zusammen vorwärtsbringen und die entstandenen Differenzen ablegen können. Die Schweiz braucht weiterhin eine starke Schweizerische Volkspartei.

Der Grosse Rat und die Pandemie: Die Sessionen des Grossen Rats im März und Juni fanden weiterhin auf dem BEA Expo-Gelände statt. Die Kosten von 500'000 Franken Miete der Halle für zwei Wochen waren unerhört. Wir haben mehrmals versucht dies zu ändern, jedoch wurden unsere Anträge abgelehnt.

Die September- und November-Sessionen konnten endlich wieder im Rathaus stattfinden. Trotz Maskenpflicht war es eine Erlösung, wieder im ursprünglichen Gebäude zu politisieren.

Hauptversammlung vom 25. März 2021 über ZOOM: Unsere Hauptversammlung fand über ZOOM statt. Wir haben die Statuten entsprechend angepasst, damit eine Vertretung der Jungen SVP in der Geschäftsleitung Einsitz nehmen kann. Als erstes Mitglied wurde Stephanie Gartenmann aus Interlaken einstimmig gewählt. Unser Hauptthema war sicher die Listengestaltung für die nächsten Grossratswahlen. Die Hauptversammlung hat sich erneut entschieden, mit drei Listen anzutreten: Interlaken-Oberhasli, Frutigen-Niedersimmental und Obersimmental-Saanen. Neu soll auch die Liste Obersimmental-Saanen mit 16 Kandidaten besetzt werden. Die vorgeschlagene Listengestaltung wurde mit 91% der Stimmen angenommen. Leider haben wir für die Grossratswahlen keinen Wahlleiter gefunden, weshalb die Geschäftsleitung als Wahlleitung inklusive den Regierungsstatthalter:in und den Wahlleitern der Kreisverbände als Wahlleitung bestimmt werden musste.

Ebenfalls haben wir an unserer Hauptversammlung die Parolen zu den wichtigen Abstimmungen vom 13 Juni gefasst. Die Agrarinitiativen und das CO2-Gesetz wurden von den Delegierten ganz klar und deutlich abgelehnt.

Referendum gegen die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer: In der Junisession hat der Grosse Rat gegen den Willen der SVP-Fraktion das Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge angenommen. Künftig sollten Autofahrer 40 Millionen mehr für das Autofahren bezahlen. Neu sollte die Besteuerung nach dem CO2-Ausstoss bemessen werden. Die Mehreinnahmen wären aber wieder als Steuergeschenk zurückgezahlt worden. Die SVP konnte diesem Vorschlag nicht viel Gutes abgewinnen und hat beschlossen, das Referendum zu ergreifen. Dank der grossen Unterstützung von euch Mitgliedern und der Jungen SVP konnten wir die geforderten 10'000 Unterschriften im November bei der Staatskanzlei einreichen.

Kandidatenschulung für die Grossratswahlen: Tatsächlich haben sich für die Grossratswahlen vom 27. März 2022 total 48 Kandidatinnen und Kandidaten auf drei Listen zur Verfügung gestellt. Wir konnten mit unserer Geschäftsführerin Aiki Panayides im Saanenland eine spannende Schulung mit den wichtigsten politischen Argumenten für den Wahlkampf durchführen. Das wichtigste Thema im Wahlkampf war sicher die Abstimmung über die Motorfahrzeugsteuer und der Stadt–Land–Graben wie auch, dass sich die SVP weiterhin gegen sämtliche Gebühren und Abgaben einsetzen wird.

Die Kreisverbände und Sektionen als wichtiges Element: Für den Wahlkreis Oberland sind die Kreisverbände nach wie vor von grosser Bedeutung. Besonders bei kommunalen Wahlen ist die Vernetzung der Unterverbände sehr wichtig. Die Arbeit in den Sektionen und das Werben von neuen Mitgliedern sind sehr wichtige Elemente für unsere Partei. Die Mitgliederbestände müssen in unserer Region unbedingt erhöht werden. Wir dürfen das Gewinnen von jungen, interessierten SVP-Mitgliedern nicht vernachlässigen.

SVP ist in den Gemeinden (fast immer) erfolgreich: Auf kommunaler Ebene ist die SVP im Oberland in vielen Exekutivämtern vertreten. Dank dieser Vernetzung können wichtige Anliegen kantonale und über die nationale Politik gemeinsam beeinflusst werden. In diversen Gemeinden fanden letzten Herbst Gemeindevahlen statt. Nicht überall war die SVP erfolgreich. Dies müssen wir unbedingt korrigieren. Erfreulicherweise konnten aber auch Kandidatinnen und Kandidaten der SVP sehr erfolgreich abschneiden und somit viele Sitzgewinne verbuchen. In sämtlichen Gemeinden wurde vor und während den Gemeindevahlen hervorragende Arbeit geleistet.

Herzliches Dankeschön: Ich bedanke mich bei Nationalrat Erich von Siebenenthal für seinen Einsatz in Bundesbern, bei den Grossrätinnen und Grossräten für die Arbeit im kantonalen Parlament, bei unseren Sektionen und Gemeinderäten für die Arbeit in den Gemeinden, bei der Geschäftsleitung für die angenehme Zusammenarbeit und bei den Kreisverbänden für ihren Einsatz.

Ein Grosses MERCI geht an die «Einpacktruppe», welche sich immer wieder (manchmal auch sehr kurzfristig) zur Verfügung stellt, um Versände an unsere Mitglieder einzupacken.

ADIEU Wahlkreisverband Oberland: Nach zwölf Jahren als Präsident des Wahlkreisverbandes Oberland verabschiedete ich mich. Ich durfte das Präsidium 2010 nach meiner Wahl in den Grossen Rat von alt Grossrat Gerhard Fischer im Hotel Simmental in Boltigen übernehmen. Ich habe versucht, die SVP-Politik vorwärtszubringen und für das Oberland und die Bevölkerung Gutes zu tun. Ich habe mich sehr gerne für den Wahlkreis eingesetzt und das Politisieren ist zur ganz grossen Leidenschaft geworden. Ich wünsche dem Wahlkreisverband für die Zukunft nur das Beste und bedanke mich für das Vertrauen in den letzten zwölf Jahren.

Thomas Knutti, Präsident, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft

Obergericht



Wie schon im Vorjahr wirkte sich die Covid-19-Pandemie weiterhin stark auf den Gerichtsbetrieb in der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit des Kantons Bern aus. Das Obergericht passte seine erstmals im März 2020 verabschiedeten Massnahmen im Umgang mit der Pandemie laufend der aktuellen Lage und den veränderten rechtlichen Grundlagen an. Die Verhandlungen fanden unter Einhaltung der Hygiene- und Abstandsregeln statt. Soweit dies in Einzelfällen nicht möglich war, wurden sie schriftlich, mittels Telefonanhörung (v.a. unstrittige Scheidungsverfahren) oder über Videokonferenz geführt. Arbeit zu Hause wurde grosszügig bewilligt, soweit dies mit dem Gerichtsbetrieb vereinbar war.

Die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit, zu der neben dem Obergericht die erstinstanzlichen Zivil- und Strafgerichte sowie die Schlichtungsbehörden gehören, beurteilte insgesamt 33'252 Fälle (Vorjahr 33'245) und erteilte 17'646 Rechtsbe-

ratungen (Vorjahr 19'717). Die Erledigungsquoten der Vorjahre konnten trotz der pandemiebedingten Einschränkungen gehalten werden. Während sich die Fallzahlen im Zivilbereich im Vergleich zu den Vorjahren auf einem konstanten Niveau bewegten, nahmen sie im Strafbereich erneut zu. Dessen Anteil am gesamten Rechtssprechungsvolumen stieg innerhalb von zwei Jahren von 10% auf 20% an. Der damit verbundene Mehraufwand konnte mit zusätzlichen Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern, der Aushilfe der Oberrichterinnen und Oberrichter der Zivilabteilung in der Strafabteilung sowie mit dem Einsatz von ausserordentlichen Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten teilweise abgedeckt werden. Die Anzahl der hängigen Strafverfahren sowie die Verfahrensdauern nahmen jedoch leicht zu.

Im Jahr 2021 traten die Oberrichter Hanspeter Kiener (SP) und Philippe Guéra (BDP) sowie die Oberrichterin Christine Pfister Hadorn (FDP) zurück. Neu nahmen Oberrichterin Katrin Sanwald (SP) sowie die Oberrichter Thomas Zbinden (FDP) und Roger Zuber (SVP) ihre Tätigkeit am Obergericht auf. An den erstinstanzlichen Gerichten traten drei Richterinnen und Richter ihr Amt neu an.

Die Erfolgsrechnung der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit weist im Berichtsjahr einen Verlustsaldo von CHF 69,4 Millionen aus (Vorjahr CHF 68,7 Mio.), womit der Verlust gegenüber dem Vorjahr leicht anstieg (+1%). Das Budget (CHF 77,0 Mio.) wurde allerdings mit 7,6 Millionen deutlich unterschritten, was unter anderem Mehreinnahmen zu verdanken war, die allerdings nicht planbar sind.

Ein besonderes Augenmerk verdient die Anwendung der Bestimmungen über die Landesverweisung. Die erstinstanzlichen Strafgerichte sprachen 265 obligatorische Landesverweisungen aus (Vorjahr 243). In 85% der Verurteilungen zu einem Katalogdelikt, bei denen eine Landesverweisung zu prüfen war, wurde eine Landesverweisung auch ausgesprochen (sog. «Anwendungsquote»; Vorjahr 85%). Die Härtefallquote betrug 12% (Vorjahr 4%) und in den restlichen Fällen standen andere Gründe einer Landesverweisung entgegen (z.B. staatsvertragliche Verpflichtungen). In 59 Berufungsverfahren (Vorjahr 34) bestätigten die Strafkammern in 52 Fällen die angeordnete obligatorische Landesverweisung. In fünf Fällen bestätigten sie die Nichtanwendbarkeit (Vorliegen eines Härtefalls, Bestätigung Freispruch usw.). In zwei Fällen hoben sie Freisprüche auf, was zur Anordnung der obligatorischen Landesverweisung führte.

Christian Josi, Oberrichter, Hünibach

Verwaltungsgericht



Im Jahr 2021 sind beim Verwaltungsgericht 1'276 neue Fälle eingegangen, 1'352 Fälle wurden erledigt und 747 auf das Folgejahr übertragen. Im Verwaltungsrecht waren 387 und im Sozialversicherungsrecht 889 Eingänge zu verzeichnen.

Dem Verwaltungsgericht obliegen parallel zum Kerngeschäft die Vorbereitung seines Voranschlags sowie die Rechnungsführung, der Rechnungsabschluss und die damit verbundene Berichterstattung. Es ist weiter verantwortlich für die Administration der gesamten Ver-

waltungsgerichtsbarkeit. Hinzu kommt die Aufsicht über die übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden, d.h. über die Steuerrekurskommission, die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Enteignungsschätzungskommission sowie die Bodenverbesserungskommission, deren administrativen Aufgaben es gleichzeitig wahrnimmt.

Das Jahr 2021 war wie das Vorjahr geprägt von den pandemiebedingten Herausforderungen und Unwägbarkeiten. Im Gerichtsalltag konnten die negativen Auswirkungen der besonderen Lage aufgrund der Erfahrungen aus dem Vorjahr inzwischen auf ein Minimum reduziert werden. Ab Oktober 2020 waren die jeweils aktuell gültigen Vorgaben in einem Stufenmodell geregelt. Mit den getroffenen Massnahmen konnte der Gerichtsbetrieb ohne Unterbruch und ohne wesentliche Verzögerungen bei der Urteilsfällung gewährleistet werden und der Abbau der 2020 entstandenen Pendenzen in Angriff genommen werden. Mit Blick auf die anzuordnenden Massnahmen hatte und hat die Gerichtsleitung schliesslich stets auch zu bedenken, dass neben dem Gerichtsbetrieb mit Parteilbeteiligung auch der interne Gedankenaustausch, die Fachdiskussion und der persönliche Kontakt von Angesicht zu Angesicht an einem Kollegialgericht von unschätzbare Bedeutung sind. Sie garantieren eine von Vertrauen geprägte, qualitativ hochstehende Rechtsfindung. Die Erfahrung aus dem Jahr 2020, dass die technischen Hilfsmittel den persönlichen Kontakt und Austausch nicht ersetzen können, hat sich denn auch weiter bestätigt. Dank dem grossen Einsatz aller Angehörigen der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist es auch in diesem zweiten Pandemiejahr gelungen, die hochstehende Qualität der Rechtsprechung unbeschadet fortzuführen.

Im Jahr 2021 gingen zwei Verwaltungsrichterinnen und ein Verwaltungsrichter in Pension; am 1. Mai folgte Verwaltungsrichterin Katharina Mauerhofer (FDP) auf Verwaltungsrichterin Fuhrer (FDP), am 1. August Verwaltungsrichter Christophe Tissot (FDP) auf Verwaltungsrichterin Meyrat Neuhaus (parteilos) und am 1. Januar 2022 Verwaltungsrichter Marc Häusler (SVP) auf den per Ende Dezember zurückgetretenen Verwaltungsrichter Peter M. Keller (SVP).

Dr. iur. Ivo Schwegler, Verwaltungsrichter, Boll

Generalstaatsanwaltschaft



Obwohl das Berichtsjahr durch die Pandemie geprägt war, hat die Staatsanwaltschaft ihren Auftrag erfüllt und trotz betrieblicher Einschränkungen ohne wesentliche Leistungseinbussen bei gleichbleibender Qualität funktioniert. Die Komplexität der Verfahren und die Geschäftslast insgesamt haben zugenommen. Der Anzeigeneingang stieg mit entsprechender Auswirkung auf den Strafbefehlsbereich wieder an. In den Regionen konnte im Unterschied zu den Vorjahren zwar ein leichter Rückgang bei den Untersuchungseröffnungen verzeichnet werden, der indes durch den starken Anstieg der Nichtanhandnahmen wettgemacht wurde. Etliche Anzeigen wiesen einen Covid-massnahmenhintergrund auf und waren durch Strafbefehl zu erledigen, namentlich in der Region Bern-Mittelland (Stadt Bern). Wenn auch leicht gesunken, la-

gen die Untersuchungseröffnungen nach wie vor auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Die Fallbelastung in den Regionen ist mit durchschnittlich 73 Untersuchungen pro Staatsanwältin oder Staatsanwalt deutlich zu hoch, in den Regionen Berner Jura-Seeland und Emmental-Oberaargau liegen die Werte gar bei über 80 Untersuchungen pro Verfahrensleitung. Die Anzahl der eingereichten Anklagen ist stark angestiegen, was entsprechende Gerichtsauftritte der Staatsanwaltschaft nach sich ziehen wird.

Seit dem 1. April 2021 ist die der Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben angegliederte Gruppe «Cyberkriminalität und internationale akzessorische Rechtshilfe» operativ. Die Gruppe bekämpft die neuen Kriminalitätsformen als Verbundaufgabe mit dem erforderlichen Spezialwissen effizient. In diesem Bereich verzeichnet die Staatsanwaltschaft seit Jahren steigende Geschäftszahlen.

Mit dem Projekt NeVo/Rialto wird gemeinsam mit der Kantonspolizei eine Plattform für die elektronische Geschäftsverwaltung entwickelt. Im Berichtsjahr mussten die Entwicklungsarbeiten entgegen der Planung weiterhin auf den Systemteil der Kantonspolizei fokussieren. Nach deren Go Live (vorgesehen für Frühling 2022) ist der Systemteil der Staatsanwaltschaft prioritär fertigzustellen zwecks Einführung von Rialto Mitte 2023.

Die Revision der Strafprozessordnung wird die Rechtswirklichkeit prägen und – je nach Ausgang – organisatorische Änderungen nach sich ziehen. In den Beratungen war auf die finanziellen Folgen der diskutierten Änderungen hinzuweisen und die Rolle der Strafverfolgung zu bekräftigen, welche nicht nur Partei ist, sondern eine unabhängige, zur Objektivität verpflichtete Justizbehörde. Im Fokus standen namentlich die Teilnahmerechte, das Beschwerderecht der Staatsanwaltschaft gegen Haftentscheide, DNA-Analysen, die Einvernahmepflicht im Strafbefehlsverfahren sowie die restaurative Gerechtigkeit.

Ende des Berichtsjahres ist Markus Schmutz, stv. Generalstaatsanwalt, in den Ruhestand getreten. Als dessen Nachfolgerin hat der Grosse Rat Annatina Schultz gewählt.

Das zur Verfügung stehende Budget von CHF 52,1 Mio. wurde nahezu ausgeschöpft. Mit einer Beanspruchung von CHF 51,5 Mio. wurden die Mittel um CHF 0,6 Mio. unterschritten.

Neben den Stellenbesetzungen im Rahmen der Fluktuation sind die Einführung des elektronischen Personaldossiers und die Engagements in weiteren kantonalen Projekten (ERP) nennenswert. Die zentral angesiedelte HR-Abteilung hatte eine hohe Belastung zu verzeichnen, namentlich im Zusammenhang mit der hohen Anzahl Mutterschaften sowie Kündigungen und Abwesenheiten.

Christof Scheurer, stv. Generalstaatsanwalt, Bern



Richtergratulationen in Corona-Zeiten:
Die Fraktionspräsidentin Barbara Josi und der Grossrat Alexander Feuz
gratulieren der glanzvoll wieder gewählten Obergerichtspräsidentin
Annemarie Hubschmid Volz

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung (GL)

Präsident:	Werner Salzmann, Mülchi (bis 06.07.) Manfred Bühler, Cortébert (ab 07.07.)
Vizepräsidenten:	Manfred Bühler, Cortébert (bis 06.07.) Beat Bösiger, Niederbipp (ab 20.10.) Christoph Peter, Herbligen Anne Speiser, Zweisimmen
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsidentin	Barbara Josi, Wimmis
Präsidentin SVP Frauen:	Petra Wyss, Aarberg
Weitere Mitglieder der GL:	Alfred Bärtschi, Lützelflüh Beat Bösiger, Niederbipp (bis 20.10.) Rudolf Friedli, Bern Sandra Schneider, Biel

Parteivorstand (PV)

Mitglieder der Geschäftsleitung (s.o.)

Regierungsmitglieder: Christoph Neuhaus, Kaufdorf
Pierre Alain Schnegg, Champoz

Eidg. Parlamentarier: Andreas Aebi, Alchenstorf
Andrea Geissbühler, Bärswil
Lars Guggisberg, Kirchlindach
Erich J. Hess, Bern
Nadja Umbricht Pieren, Heimiswil
Albert Rösti, Uetendorf
Werner Salzmann, Mülchi
Erich von Siebenthal, Gstaad

Vertreter Fachkommissionen:

Markus Aebi, Hellsau (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen)
(bis 31.10.)

Verena Aebischer, Guggisberg (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen)
(ab 01.11.)

Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission)

Thomas Knutti, Weissenburg (Sicherheitskommission)

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (Bildungskommission)

Raphael Lanz, Thun (Finanzkommission)

Martin Schlup, Schüpfen (Gesundheits- und Sozialkommission)

Vertreter der Jungen SVP: Nils Fiechter, Frutigen

Vertreter SVP Senioren: Ulrich Iseli, Madiswil

Präsidenten Wahlkreisverbände:

Andreas Burren, Lanzenhäusern
Thomas Fuchs, Bern
Andrea Gschwend-Pieren, Heimiswil
Lars Guggisberg, Kirchlindach
Thomas Knutti, Weissenburg
Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg
Samuel Leuenberger, Bannwil
Martin Schlup, Schüpfen
Patrick Tobler, Montagne de Moutier

Präsidenten kant. Wirtschaftsverbände

Peter Brand, Münchenbuchsee (HEV)
Ernst Kühni (Berner KMU) (seit 28.04.)
Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg (BEBV)

Weitere Mitglieder:

Martin Baltisser, Bremgarten
Daniel Bichsel
Thomas Fuchs, Bern
Donat Schneider, Diessbach b. Büren

Grossratsfraktion

Abplanalp Ueli, Brienzwiler
Aebi Markus, Hellsau
Aebischer Verena, Riffenmatt
Amstutz Madeleine, Sigriswil
Augstburger Ueli, Gerzensee
Bärtschi Alfred, Lützelflüh
Benoit Roland, Corgémont
Bichsel Daniel, Zollikofen
Bösiger Beat, Niederbipp
Buri Urs, Hasle b. B.
Feuz Alexander, Bern
Freudiger Patrick, Langenthal
Fuss-Oehrli Franziska, Teuffenthal (ab 01.07.)
Geissbühler Sabina, Herrenschwand-
den (bis 18.06.)
Gerber Christine, Detligen
Gfeller Ueli, Schangnau
Gimmel Roman, Thun (ab 01.09.)
Graber Anne-Caroline, La Neuveville
Gschwend-Pieren Andrea, Heimiswil
Hebeisen Annegret, Münchenbuchsee
Josi Barbara, Wimmis
Klopfenstein Etienne, Corgémont
Knutti Thomas, Weissenburg
Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg
Lanz Raphael, Thun

Leuenberger Samuel, Bannwil
Marti Jürg, Steffisburg (bis 30.06.)
Marti Willy, Kallnach
Michel Andreas, Meiringen
Moser Werner, Landiswil
Müller Mathias, Orvin
Müller Moritz, Bowil (bis 31.08.)
Panayides Alikei, Ostermundigen (ab 19.06.)
Riem Kaja, Kiesen (ab 01.09.)
Ruchti Fritz, Seewil
Rügsegger Hans Jörg, Riggisberg
Salzmann Peter, Mülchi
Schilt Walter, Utzigen
Schlatter Carlo, Thun (bis 31.08.)
Schlup Martin, Schüpfen
Schneider Sandra, Biel
Schori Beat, Bern
Schüpbach Andreas, Huttwil
Speiser Anne, Zweisimmen
Sutter Walter, Langnau
Tobler Marc, Moutier
Wandfluh Ernst, Kandergrund
Wenger Kurt, Meikirch
Wyss Fritz, Wengi
Zimmermann Kurt, Frutigen

Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2021)

Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch)

Jolanda Brunner, Spiez
Manfred Bühler, alt Nationalrat/alt Grossrat Cortébert (ex officio)
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/alt Grossrat, Bern
Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Kaltacker
Lars Guggisberg, Nationalrat, Kirchlindach
Miriam Gurtner, Konolfingen
Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg
Helena Morgenthaler, Langenthal
Aliko M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Albert Rösti, Nationalrat, Uetendorf
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)

Mitglieder der Parteileitung

Manfred Bühler, alt Nationalrat, alt Grossrat, Cortébert (ex officio)
Lars Guggisberg, Nationalrat, Kirchlindach
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)

Regierungsmitglieder

Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor, Kaufdorf
Pierre Alain Schnegg, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor, Champoz

Parteisekretariat

Aliko M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär, Gümligen
Céline Jürgensen, Alleinsekretärin, Bern
Angelo Andres, Praktikant, Ostermundigen

Stiftungsrat «Hilfsfonds SVP Kanton Bern»

Urs Buri, Hasle b. B. (Präsident)
Andreas Burren, Lanzenhäusern (Sekretär)
Jean-Michel With, Vize-Präsident (Belp)
Christian Rubin, Aeschi b. Spiez (Kassier)
Pierre Berger, Mont-Crosin (Beisitzer)

Vorstand des «Bären-Club» der SVP Kanton Bern

Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Kaltacker (Präsidentin, bis 12.08.)
Thomas Fuchs, alt Nationalrat/alt Grossrat, Bern (Präsident, ab 12.08.)
Markus Steiner, Fraubrunnen
Mathias Müller, Grossrat, Orvin

Beat Bösiger, Grossrat, Niederbipp (Vertretung der Parteileitung)
Beratend:
Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin SVP, Ostermundigen
Jean-Michel With, Finanzverantwortlicher SVP, Belp

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei den Verlust von einer Exponentin und von vier Exponenten zu beklagen.

Hanni Schweizer-Ruchti, alt Grossrätin, Lohnstorf, vertrat die SVP Kanton Bern von 1974 bis 1990 im Grossen Rat. Sie gehörte damit zu den Pionierinnen im Kanton. Mit dem raschen Auszählen des Wahlkreises Seftigen war sie einst die erste offiziell gewählte Grossrätin des Kantons Bern.

Hans Beat Stalder, alt Grossrat, Müntschemier, vertrat die SVP Kanton Bern von 1994 bis 1998 im Grossen Rat. Zudem engagierte er sich als langjähriger Gemeindepräsident von Müntschemier.

Max Sterchi-Willy, alt Grossrat, Bern, vertrat die SVP Kanton Bern von 1992 bis 2006 im Grossen Rat und führte lange Jahre die SVP Stadt Bern. Der als Mister SCB bekannte Stadtberner engagierte sich auch für die politischen Belange des Sports und hatte Einsitz in der Sportkommission der SVP Schweiz.

Hans Sumi-Rohrbach, alt Grossrat, Zweisimmen, vertrat die SVP Kanton Bern von 1990 bis 1998 im Grossen Rat. Zudem leistete er als Gemeinderat, Vize-Gemeinderatspräsident und Gemeinderatspräsident von Zweisimmen viel für seine Gemeinde und die Region.

Werner Zbinden, alt Grossrat, Rüscheegg-Gambach, vertrat die SVP Kanton Bern von 1978 bis 1994 im Grossen Rat. Zudem setzte er sich als langjähriger Gemeindepräsident und Gemeinderatspräsident für seine Gemeinde ein und engagierte sich viele Jahre als Präsident seiner Sektion und seines Amtsverbands für die Partei.



V. Schlusswort der Geschäftsführerin



Man wird von uns hören und lesen, auch 2021, schrieb ich 2020, und es wurden über 20 Medienmitteilungen, welche von der Grossratsfraktion und der Partei publiziert wurden, dazu kommen mehrere Hundert Posts in den sozialen Medien.

Besonders erfreulich 2021: Die SVP Kanton Bern fand Echo in der Tagespresse, so wie dies in der Mitgliederumfrage gewünscht worden war. Allerdings hatten es sich die Mitglieder vermutlich nicht ganz so vorgestellt. Das, was die Medien 2021 am meisten interessierte, war die Delegiertenversammlung im Juni in Belp, als der neue Parteipräsident gewählt wurde. Erstmals in der Geschichte der Partei wurde ein Vertreter des Jura bernois zum Parteipräsidenten gewählt! Manfred Bühler schrieb damit Geschichte! Die Geschichte, welche die Medien interessierte, war allerdings eine ganz andere: Wurden Masken getragen an der Delegiertenversammlung? Aus der ganzen Schweiz erhielten wir Medienanfragen und immer wieder wiesen wir auf das historische Ereignis der Wahl von Manfred Bühler hin. Die Berichterstattung drehte sich aber um die Masken. Ausschliesslich auf Grund dieser Berichterstattung nahm die Polizei dann Ermittlungen auf. Selbstverständlich übernahm ich als Geschäftsführerin die volle Verantwortung. An der Delegiertenversammlung kam es notabene zu keiner Ansteckung mit Covid19. Die Staatsanwaltschaft kam aber – entgegen dem Polizeirapport – zum Schluss, dass ein Verstoß gegen die Covid-Massnahmen vorlag, und verhängte eine Busse, ohne Strafregistereintrag. Die Busse wurde von der SVP und den SVP Senioren übernommen. An dieser Stelle möchte ich mich beim Präsidenten der SVP Senioren, Ueli Iseli, sowie dem Antragsteller für die Kostenbeteiligung, Ueli Wälti, sowie der ganzen Versammlung herzlich für das grosse Wohlwollen bedanken!

Und wenn ich schon beim Danken bin: Ich danke an dieser Stelle auch dem Ständerat und langjährigem Parteipräsidenten Werner Salzmann herzlich für die spannenden Jahre und die tolle Zusammenarbeit!

2021 starteten wir auch bereits mit den Vorbereitungen zu den Gross- und Regierungsratswahlen. Ein motiviertes Wahlteam unter der Leitung von Wahlleiter und ab Juli Parteipräsident in Personalunion, Manfred Bühler, nahm die Arbeit auf. Glücklicherweise konnten einige Sitzungen live stattfinden, aber auch die Online-Sitzungen zeigten hohes Engagement und tolle Ideen für einen lebendigen Wahlkampf. Die Früchte werden wir hoffentlich 2022 ernten.

Mitgliedermutationen gab es 2021 einige. Wir freuen uns über die Beitritte, bedauern aber die Austritte. Wir bleiben am Ball, um Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass sie mit einem SVP-Beitritt etwas bewirken können in der Politik.

Aliko Panayides, Geschäftsführerin, Vize-Gemeindepräsidentin Ostermundigen

VI. Die Partei in Zahlen

Sektion	Bestand 31.01.2021	Bestand 31.01.2022	Veränderung
Corgémont	19	19	0
Cortébert	15	15	0
Court	16	16	0
Courtelary	1	1	0
La Chau d'Abel	5	5	0
La Ferrière	5	5	0
La Neuveville	13	14	+1
Mont-Tramelan	2	1	-1
Moutier	55	54	-1
Moutier Diverse	28	28	0
Nods	1	2	+1
Orvin	16	18	+2
Péry	7	7	0
Plateau de Diesse	6	7	+1
Reconvilier	19	22	+3
Renan	19	19	0
Romont	5	5	0
Saint-Imier	26	27	+1
Sauge	13	13	0
Sonceboz-Sombeval	8	8	0
Sonvilier	11	11	0
Tavannes	21	22	+1
Tramelan	26	26	0
Valbirse	23	24	+1
Berner Jura	360	369	+9
Aarwangen	103	93	-10
Attiswil	36	37	+1
Auswil	10	10	0
Bleienbach	78	76	-2
Busswil/Melchnau	84	75	-9
Eriswil	44	40	-4
Gondiswil	24	18	-6
Herzogenbuchsee	92	92	0

Huttwil	141	175	+34
Langenthal (m. Obersteckholz)	242	242	0
Lotzwil	40	39	-1
Madiswil	94	91	-3
Niederbipp	133	134	+1
Oberbipp	66	57	-9
Roggwil	94	90	-4
Rohrbach	32	33	+1
Schwarzhäusern	19	19	0
Seeberg/Hermiswil/Ochlenberg	54	51	-3
Thörigen	35	30	-5
Thunstetten	60	57	-3
Ursenbach	26	26	0
Walterswil	37	37	0
Wangen a. Aare	51	48	-3
Wiedlisbach (vor Auflösung)	27	14	-13
Einzelmitglieder	26	44	+18
Oberaargau	1681	1628	-53
Aefligen	31	27	-4
Affoltern i. E.	67	69	+2
Alchenstorf	45	44	-1
Bätterkinden	69	68	-1
Burgdorf	86	78	-8
Dürrenroth	45	45	0
Eggiwil-Röthenbach	112	111	-1
Ersigen	100	96	-4
Hasle b. B.	65	64	-1
Heimiswil	76	76	0
Hindelbank	50	44	-6
Höchstetten-Hellsau	9	9	0
Kirchberg	82	82	0
Koppigen	75	76	+1
Krauchthal	84	76	-8
Langnau i. E.	128	127	-1
Lauperswil	49	47	-2
Lützelflüh	70	75	+5

Lyssach	64	62	-2
Oberburg	161	153	-8
Rüderswil	37	37	0
Rüdtligen-Alchenflüh	33	30	-3
Rüegsau	88	84	-4
Schangnau	69	78	+9
Signau	49	49	0
Sumiswald/Wasen	141	142	+1
Trachselwald	26	26	0
Trub/Trubschachen	56	57	+1
Utzenstorf	96	95	-1
Wynigen	105	101	-4
Zielebach	11	11	0
Emmental	2179	2139	-40
Aarberg	102	111	+9
Aegerten-Brügg	15	15	0
Bellmund (vor Auflösung)	18	10	-8
Biel / Bienne	103	111	+8
Büetigen	25	23	-2
Bühl	12	11	-1
Büren a. Aare	83	82	-1
Diessbach b. Büren	2	1	-1
Dotzigen	45	43	-2
Epsach	19	19	0
Grossaffoltern	58	58	0
Grosses Moos	25	24	-1
Ins	131	131	0
Ipsach	26	26	0
Jens	23	14	-9
Jolimont (m. Erlach)	65	118	+53
Kallnach	39	40	-1
Kappelen	49	47	-2
Lengnau	70	60	-10
Lyss-Busswil	123	127	-4
Meinisberg	22	24	+2
Müntschemier	53	48	-5

Nidau	18	17	-1
Oberwil b. Büren	41	41	0
Orpund	52	53	+1
Pieterlen	45	44	-1
Port	35	44	+9
Radelfingen	63	60	-3
Rapperswil	77	70	-7
Safnern	39	38	-1
Schüpfen	93	103	+10
Schwadernau	11	16	+5
Seedorf	127	121	-6
Studen	10	16	+6
Sutz-Lattrigen	11	12	+1
Täuffelen	50	56	+6
Treiten	40	35	-5
Twann-Tüscherz-Alfermée	4	5	+1
Walperswil	38	39	+1
Wengi	37	34	-3
Worben	45	43	-2
Einzelmitglieder	6	6	0
Seeland	2000	1995	-5
Allmendingen	27	27	0
Bolligen	104	101	-3
Bremgarten b. Bern	23	22	-1
Diemerswil	19	18	-1
Ferenbalm	58	61	+3
Fraubrunnen	135	109	-26
Frauenkappelen	23	24	+1
Gurbrü	38	33	-5
Ittigen	36	39	+3
Jegenstorf-Münchringen	72	73	+1
Kirchlindach	71	64	-7
Kriechenwil	9	9	0
Laupen	36	34	-2
Mattstetten	21	20	-1
Meikirch	64	63	-1

Moosseedorf	66	60	-6
Mühleberg	76	73	-3
Münchenbuchsee	161	151	-10
Münchenwiler	5	5	0
Muri-Gümligen	79	82	+3
Neuenegg	189	181	-8
Ostermundigen	51	55	+4
Stettlen	31	34	+3
Urtenen-Schönbühl	63	62	-1
Vechigen	177	165	-12
Wohlen b. Bern	92	94	+2
Worb	123	114	-9
Zollikofen	83	85	+2
Mittelland-Nord	1932	1858	-74
Bern Stadt	364	348	-16
Arni	26	21	-5
Belp	151	147	-4
Biglen	62	54	-8
Bowil	37	38	+1
Gerzensee	76	81	+5
Grosshöchstetten	42	44	+2
Guggisberg	30	33	+3
Kaufdorf	12	12	0
Kehrsatz	29	29	0
Kiesen-Oppligen	60	60	0
Kirchdorf	78	70	-8
Köniz	165	154	-11
Konolfingen	125	121	-4
Landiswil	58	53	-5
Linden	52	54	+2
Münsingen	74	71	-3
Oberbalm	32	30	-2
Oberdiessbach	66	67	+1
Oberthal	8	8	0
Riggisberg	78	81	+3

Rüeggisberg/Längenberg	97	80	-17
Rüscheegg	30	27	-3
Schwarzenburg	91	90	-1
Thurnen	25	32	+7
Toffen	56	45	-11
Walkringen	44	44	0
Wichtrach	98	75	-23
Zäziwil	63	59	-4
Mittelland-Süd	1756	1680	-76
Amsoldingen	35	32	-3
Buchholterberg-Wachsedorn	73	78	+5
Burgistein	31	29	-2
Heimberg	71	71	0
Hilterfingen	31	27	-4
Höfen	31	34	+3
Linkes Zuggebiet - Umgebung	60	57	-3
Oberhofen	46	39	-7
Reutigen	48	47	-1
Schwarzenegg-Fahrni	149	139	-10
Seftigen	51	49	-2
Sigriswil	142	126	-16
Steffisburg	106	110	+4
Thierachern	51	45	-6
Thun	225	208	-17
Uebeschi	28	25	-3
Uetendorf	145	133	-8
Uttigen	37	35	-2
Wattenwil	87	79	-8
Zwieselberg	10	9	-1
Einzelmitglieder	2	25	+23
Thun	1484	1397	-87
Adelboden	49	47	-2
Aeschi b. Spiez	85	85	0
Beatenberg	39	42	+3
Boltigen	32	27	-5

Bönigen	24	22	-2
Brienz	56	59	+3
Därstetten/Weissenburg	66	66	0
Diemtigen	50	38	-12
Erlenbach	23	22	-1
Frutigen	181	169	-12
Grindelwald	105	104	-1
Gsteig	25	24	-1
Habkern	28	27	-1
Interlaken	52	47	-5
Kandersteg	27	27	0
Lauterbrunnen	27	28	+1
Lenk	52	50	-2
Matten	45	47	+2
Oberhasli	119	122	+3
Oberwil i. S.	30	30	0
Reichenbach	76	73	-3
Ringgenberg/Goldswil	45	40	-5
Saanen	183	187	+4
Spiez	130	118	-12
St. Stephan	84	81	-3
Unterseen	55	53	-2
Wilderswil	49	45	-4
Wimmis	124	118	-6
Zweisimmen	59	58	-1
Einzelmitglieder	1	1	0
Oberland	1918	1857	-61
Direktmitglieder Kanton	51	51	0
Total Kanton Bern	13725	13322	-403